

## Jakschs Exilauseinandersetzungen mit Beneš<sup>v</sup>

Zur Dokumentation von Friedrich Prinz<sup>1</sup>

von

Heinrich Bodensieck

Wer sich mit den Zwangsumsiedlungen aus der Tschechoslowakei als dem Wendepunkt im Verhältnis von Deutschen und Tschechen beschäftigt, wird nicht nur nach Nutznießern, Folgen und Bedeutung der Entscheidung und nach der Art ihrer Verwirklichung fragen, sondern ebenfalls nach den Urhebern derartig radikaler Maßnahmen. Das ist in den letzten zwei Jahrzehnten häufig geschehen. Bei diesen Versuchen zur Beantwortung hat sich eines immer deutlicher herausgestellt: Absichten, Diskussionen und mehr oder weniger erfolgreiche Hilferufe der aus dem nationalsozialistischen Machtbereich besonders ins Londoner Exil geflüchteten und dort weiterhin miteinander konkurrierenden Politiker haben die Maßnahmen weitaus mehr berücksichtigt und vorbereitet, als es mancher Beobachter zunächst angenommen hatte. Gerade die Rolle von Edvard Beneš ist in den Antworten hervorgehoben worden. Ebenfalls wurde in diesem Zusammenhang herausgestellt, daß Wenzel Jaksch der eigentliche Gegenspieler Benešs gewesen sei; denn er habe die „sudetendeutsche sozialdemokratische Emigration in England“ geführt. Allerdings seien deren Bemühungen vergeblich gewesen, mit Beneš als dem rigorosen Vertreter der These, daß das Münchener Abkommen völkerrechtlich nicht existent sei, einen Ausgleich auszuhandeln und so die Umsiedlungen zu verhindern. Zur Begründung wird auf Benešs raffinierte Täuschungsmanöver verwiesen sowie auf sein radikal-konsequentes Wollen, das nur mit dem Hitlers vergleichbar sei.

In dieser Weise hat noch jüngst auch Rudolf Hilf argumentiert.<sup>2</sup> Dabei konnte er durchaus Belege und Gewährsleute für seine Meinungen anführen. Es wird dem Leser von Hilfs — zugestandenermaßen zukunftsbezogenen und deshalb historisch vereinfachenden — Gedankengängen aber nicht deutlich, daß alle wesentlichen Bestandteile eines derartigen Bildes von den Zusammenhängen zwischen der Zwangsumsiedlung aus der ČSR und dem vorhergehenden Ringen um ihre Planung und Verwirklichung ganz erheblich vereinfacht worden sind, daß über jedes Element des Gesamten kontrovers diskutiert wurde und wird. Das gilt von der — bei Hilf vorausgesetzten — Einheit des sudetendeutschen sozialdemokratischen Exils, ebenso von der Art, wie Jaksch und besonders Beneš beurteilt werden. Wenn aber die Einzelbestandteile des Urteils

1) F. Prinz (Hrsg.): Wenzel Jaksch — Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939—1943 (Schriften der Studiengesellschaft für mittel- und osteuropäische Partnerschaft, Wiesbaden), Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1973, 160 S. — Der vorliegende Bericht wurde vor der Veröffentlichung von Bachsteins Dissertation abgeschlossen; deshalb konnte nur einige Male auf diese Monographie verwiesen werden: Martin K. Bachstein: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie (Veröff. des Collegium Carolinum, München, Bd 29), München, Wien 1974; weiterhin zitiert: Bachstein 1974. Vgl. die Besprechungen von Axel Schnorbus in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 10. 12. 1974, S. 17, sowie von Immanuel Birnbaum in der „Süddeutschen Zeitung“, 24. 12. 1974, S. 11.

2) R. Hilf: Deutsche und Tschechen. Bedeutung und Wandlungen einer Nachbarschaft in Mitteleuropa (Aktuelle Außenpolitik, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik), Opladen 1973, S. 85 ff. zu Beneš, S. 87 zu Jaksch.

über die Zusammenhänge noch nicht genügend geklärt sind, dürfte auch die gesamte Darstellung in der oben referierten Form sich kaum verteidigen lassen. Derartige Bewährungsproben für allzu eindeutig klingende, thesen- und vorurteilshafte Aussagen haben sich noch stets ergeben, wenn Zeugnisse der beurteilten Faktoren als Beweismittel für Meinungen herangezogen wurden oder wenn neue Quellen aufgetaucht sind. Gerade für Wenzel Jaksch ist nun in den letzten Jahren eine Reihe seiner schriftlichen Äußerungen aus den Jahren seit 1939 erschlossen worden. Friedrich Prinz hat 1973 eine Auswahl von „Briefen und Dokumenten“ veröffentlicht. Dabei hat sich der Herausgeber thematisch auf Jakschs Auseinandersetzung mit Beneš konzentriert, und in zeitlicher Hinsicht stammen die Texte aus den Jahren 1939 bis 1943.<sup>3</sup>

Im folgenden wird diese Materialsammlung von Prinz vorgestellt. Dabei werden zwei Komplexe besonders zu beachten sein: sowohl der Inhalt der mitgeteilten Belege als auch die Arbeit des Herausgebers, und zwar seine textkritische Leistung genauso wie sein eigener Versuch zur Deutung der Thematik, mit der er sich dokumentierend beschäftigt hat. Denn diese Veröffentlichung zu den wichtigen, weil grundsätzlich die Zukunft Mitteleuropas bestimmenden Exil-Auseinandersetzungen Jakschs mit Beneš stellt durchaus nicht das erste Angebot dar, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erschienen ist; zudem ist schon seit Beginn der Emigration beider Hauptpersonen von ihnen selber und von ihren Mitarbeitern eine Fülle von Material publiziert worden. Deshalb liegt es nahe, die Neuerscheinung nicht nur kurz kennzeichnend anzuzeigen, sondern Texte und Thesen der Sammlung von Prinz mit zuvor veröffentlichten Fassungen von Belegen und mit Auswertungen anderer Autoren wenigstens stichprobenhaft zu vergleichen. Damit die Problematik deutlich werden kann, soll je ein Beispiel für die Auswertung von Briefen und von programmatischen Äußerungen Jakschs eingehender vorgestellt werden. Abschließend folgt eine Zusammenstellung kritischer Hinweise zum Text der Dokumentation (III).

### I. Zum Inhalt der Dokumentation

Prinz bietet eine umfangreiche Einleitung (S. 7—51). Ihr folgt die Wiedergabe von 23 „Briefen und Dokumenten“. Falls deren Originaltexte tschechisch abgefaßt waren, werden sie in deutscher Übersetzung wiedergegeben. Lediglich die abschließend (S. 151 ff.) mitgeteilte Erklärung der — vom Herausgeber so genannten — „tschechischen Exilregierung“ zum „Sudetenproblem“ erscheint in (wessen?) englischer „Version“ eines tschechischen Ursprungswortlauts (S. 160, Anm. 1). Von der letzten Nummer abgesehen, folgen die Texte in der Regel

3) Es sei angemerkt, daß nach dem Hinweis von Bachstein 1971 mit einer weiterreichenden Dokumentation hatte gerechnet werden können, da Bachstein die damalige Beschränkung seiner Darstellung auf die Entwicklung bis Sommer 1942 u. a. sowohl mit dem Hinweis auf ein fertiggestelltes Manuskript von J. W. Brügel als auch mit dem Verweis auf die von Prinz „vorbereitete Edition des Schriftwechsels Jaksch—Beneš“ begründet hatte. Vgl. M. K. Bachstein: Die Politik der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten als Hauptrepräsentanz des deutschen Exils aus der Tschechoslowakischen Republik, in: K. Bosl (Hrsg.): Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. Internationale, nationale und wirtschaftlich-soziale Probleme, München, Wien 1971, S. 65—100, hier: S. 93, Anm. 99 (weiterhin zit.: Bachstein, 1971). — Inzwischen ist auch erschienen: J. W. Brügel: Tschechen und Deutsche 1939—1946, München 1974.

chronologisch entsprechend der Entstehungszeit aufeinander. Nach ersten Belegen aus dem Sommer 1939 vor Kriegsbeginn (Nr. 1—2) finden sich Äußerungen vom März und Mai 1940; sie stimmen inhaltlich noch stark mit den Tendenzen der ersten beiden Quellen überein (Nr. 3; auch Nr. 4): eingangs handelt es sich um Jakschs Situationsanalyse und programmatische Skizze „Was kommt nach Hitler?“ (Nr. 1) sowie um einen Bericht Jakschs über seine Bemühungen, diese These zu propagieren und für sie besonders bei Beneš Anklang zu finden. So stellt Nr. 2 einen (den einzig erhalten gebliebenen?) Bericht Jakschs über seine Zusammenkunft mit Beneš am 3. August 1939 dar; Nr. 3 bietet für die Endphase des „Sitzkriegs“ jene parteioffizielle Fortschreibung von Jakschs „Nach Hitler?“-Skizze, die am 10. März 1940 als Holmhurster Deklaration verabschiedet worden ist. Jakschs Brief an Beneš vom 27. Mai 1940 (Nr. 4) beweist, wie schnell und wie stark die Entwicklung der Kriegereignisse (und vermutlich noch mehr damalige „Anregungen“ aus dem Foreign Office, aus dem britischen Informationsministerium und durch Verbindungsleute der Labour Party) einen Wandel in Strategie und Taktik der Jaksch-Gruppe gegenüber der Beneš-Gruppe bewirkt haben; denn jetzt mußte Jaksch umschalten, und zwar weg vom bisher betonten Ausgehen von eigener „historischer Erfahrung“ (Nr. 3, S. 83) beim Willen, einen eigenständig-zukunftsträchtigen, „bescheidenen Beitrag“ (Nr. 3, S. 84) zu leisten, und hin zur kurzfristig notwendig gewordenen Bündnispolitik der „Repräsentanten aller unterdrückten Völker“; Jaksch wagte nun nur noch vorsichtig vorzuschlagen, daß auch die emigrierten „Repräsentanten der oppositionellen Kräfte in Deutschland, Österreich und im Sudetengebiet“ eine Appellinitiative Benešs nachträglich aufgreifen sollten (S. 91). Jakschs Briefe vom 5. August, 3. September und 19. Dezember 1940 an Beneš bzw. Ingr (Nr. 5—6 und 8) stellten Protestreaktionen auf erfolgreiche personalpolitische, ideologische und nachrichtendienstliche Einflüsse und Maßnahmen der Beneš-Gruppe in Großbritannien dar.

Im übrigen verweisen schon diese ersten Texte auf zwei entscheidende Sachverhalte, die für die gesamte Entwicklung im Exil sowie für die Beurteilung seitdem wichtig geworden sind: Einerseits handelt es sich um den Zwang für Jaksch zur ausdrücklichen Auseinandersetzung mit der „Gruppe der Abgespaltenen“ um Zinner (so die Übersetzung auf S. 98, Nr. 8); andererseits bezeugen bereits diese Briefe Jakschs, daß er zumindest seit Sommer 1940 mehrfach mit Beneš gesprochen hat, ohne dabei Zeugen seiner Gruppe mitgenommen oder auch nur Gesprächsnotizen oder Gedächtnisprotokolle angefertigt und stets seine Gruppe sofort und umfassend unterrichtet zu haben.<sup>4</sup> Ja, Jakschs

---

4) Prinz als Herausgeber verweist nicht auf Gedächtnisprotokolle o. ä., so daß sie zumindest als verloren gelten müßten, falls Jaksch sie überhaupt niedergeschrieben haben sollte; denn wegen des Vertrauensverhältnisses, das Jaksch im Verhältnis zu Beneš lange Zeit hindurch vorausgesetzt haben muß, wird man wohl vermuten dürfen, daß er derartige Gedächtnisprotokolle entweder gar nicht angefertigt oder aber nicht weitergeleitet hat. Hinweise auf Besprechungen zwischen Jaksch und Beneš finden sich sowohl in der Sammlung von Prinz als auch in Benešs „Erinnerungen“. Für die Dokumentation von Prinz sei beispielsweise verwiesen auf Nr. 5, S. 92 (Jakschs Brief vom 5. 8. 1940 an Beneš); Nr. 6, S. 94 (Jakschs Brief an Beneš vom 3. 9. 1940); Nr. 9, S. 102 (Jakschs Brief an Beneš vom 3. 1. 1941). Vergleichsweise sei auf folgende Darstellung verwiesen: *Memoirs of Dr Eduard Beneš. From Munich to New War and New Victory*. Translated by Godfrey L i a s, London 1954. Diesem Text läßt sich folgende Aufstellung entnehmen: Jaksch bei Beneš am 3. 8. und 4. 12. 1939, 4. 7. und 22. 9. 1940 (S. 213—216); Jaksch und andere bei Beneš am 7. 1. 1942

Brief an Beneš vom 23. September 1941 (Nr. 12, S. 110 f.), auf dessen Entstehungssituation noch eingegangen werden muß, beweist eindeutig, daß Jaksch sich zumindest einmal in einer wesentlichen Frage von Beneš zu Verschwiegenheit und Sprachregelung gegenüber der eigenen Gruppe hat verpflichten lassen.<sup>5</sup>

Wegen solcher Trends auf Kosten der eigenen Position und dazu in der Gesamtsituation von Großbritanniens schwersten Monaten (Sommer 1940 bis einschließlich den folgenden Winter) hat Jaksch das Programm der eigenen Gruppe gegenüber Beneš zur Jahreswende 1940/41 nur in „minimalster“ Umschreibung formuliert (Nr. 9: 3. Januar 1941, S. 102). Benešs schriftliche Deutung (erst vom 9. Juni 1941: Nr. 10, S. 104 f.) entspricht jener Doppelstrategie des inhaltlichen Abwartens im Grundsätzlichen, dessen Ziel nicht verheimlicht wurde: nämlich Wiederherstellung des ČSR-status-quo ante München, und des sofortigen Schaffens von Entscheidungen, auf die Jaksch seit Kriegsbeginn hatte reagieren müssen. Auf diesem Hintergrund fällt um so mehr auf, daß die Jaksch-Gruppe schon am 11. September 1941 Beneš den Entwurf eines Konzepts für „die maximalen Voraussetzungen einer revolutionären Kooperation zwischen der tschechischen Freiheitsbewegung und den demokratischen Sudetendeutschen“ für die Zeit unmittelbar nach dem erhofften Waffenstillstand vorgelegt hat (Nr. 11, S. 106 ff.). Dieser Text hängt nicht nur eng zusammen mit dem Vorkriegsentwurf „Was kommt nach Hitler?“ (Nr. 1) und seiner späteren Holmhurst-Version (Nr. 2), sondern er verdeutlicht zugleich, wie hoffnungsvoll-vordergründig die Verfasser Tatsache und Text der Atlantik-Charta aufgenommen haben.<sup>6</sup> Sie haben nämlich jene wesentlichen Zusatzstellungen zur Deutschen Frage noch nicht gebührend berücksichtigt, die alle Beteiligten bald verlautbart haben — wenn auch nicht gerade in den BBC-Sendungen für die Bewohner des damaligen Altreichs. . . Offenbar ist zumindest Jaksch diese Diskrepanz zwischen dem entwurfsweise propagierten Selbstverständnis der eigenen Gruppe und den tatsächlichen Gegebenheiten noch vor der Landeskonzferenz vom 28. September 1941 deutlich geworden; denn die Beneš-Gruppe reagierte öffentlich distanziert mit ihrer einschränkenden Interpretation auf eben diese Atlantik-Charta sowie auf den „Maximal“-Kooperationsvorschlag der Jaksch-Gruppe.<sup>7</sup> Da Jaksch aber nur über ein Kon-

---

(S. 217); Jaksch und Paul bei Beneš am 8. 1. 1942 (S. 218 f.); Jaksch und Begleiter bei Beneš am 29. 5., 17. 9., 25. 9., 2. 10., 1. 12. 1942 (S. 219—221 f., 308). Zu diesen Terminangaben in Benešs Erinnerungen hat Bachstein, 1974, Kritisches angemerkt; vgl. unten Anm. 43. — Zur Gesamtaufstellung der Treffen vgl. Bachsteins kritischen Hinweis: Bachstein, 1974, S. 243, Anm. 32.

5) Die besondere Situation, in der dies geschah, wird sogleich zu bedenken sein. Vgl. in der Dokumentation von Prinz Beleg Nr. 14: Benešs Brief an Jaksch vom 6. 10. 1941, S. 116, mit der Bestätigung Benešs. — Bachstein, 1974, diskutiert die Annahme, daß Jaksch damals Beneš habe überspielen wollen (S. 245 ff.; vgl. S. 255 f.).

6) Vgl. in der Dokumentation von Prinz Nr. 13 (Londoner Beschluß der Landeskonzferenz vom 28. 9. 1941), S. 112 f., sowie Nr. 18 (Richtlinien des Parteivorstandes der sudetendeutschen Sozialdemokratie vom 7. 6. 1942), S. 125.

7) Am 1. 12. 1942 übergab Beneš an Jaksch die grundsätzliche und regierungsinoformale Stellungnahme zur Entschließung des Parteivorstandes der sudetendeutschen Sozialdemokratie vom 7. 6. 1942. Prinz hat eine „englische Version“ dieses Textes als Beleg Nr. 23 abgedruckt (S. 151—160). S. 157 stellt der dritte Absatz Benešs Punkt 6 dar (Ziffer 6 fehlt bei Prinz). In ihm erinnert Beneš Jaksch daran, daß er ihn bereits früher auf die ausdrücklich zu Protokoll gege-

zept zur Bewältigung von Aufgaben verfügte, die frühestens erst nach dem Sieg der (ab 1. Januar 1942 so bezeichneten) United Nations angegangen werden konnten, hat er Beneš viel gegenwartsbezogener Konzeption für die damalige Kriegszeit und Benešs Möglichkeiten, diese realistischere Politik auch sofort teil- und schrittweise zu verwirklichen, fast nur in nachträglicher Einzelkritik beantworten können. Gleichzeitig ließ er sich jedoch von Beneš zumindest einmal beim Vier-Augen-Gespräch in entscheidenden Fragen derartig „fesseln“ (Nr. 12: 23. September 1941, S. 110), daß er nicht nur immer mehr inhaltlich behandelt werden konnte (Nr. 14: Beneš an Jaksch vom 6. Oktober 1941), sondern darüber hinaus sein internes Aufbegehren gegen öffentliche Diskriminierung aller Sudetendeutschen<sup>8</sup> sozusagen mit Ohrfeigen-Briefen der Mitarbeiter und damaligen Mitstreiter Benešs beantwortet worden ist (Nr. 16—17, S. 119—124). Dabei haben die zeitgenössischen Nachrichten von den brutalen Reaktionen der nationalsozialistischen Machthaber auf das Heydrich-Attentat (einschließlich „Lidice“) sicherlich eine Rolle gespielt (zudem dürften sie den Briefschreibern ins Kalkül gepaßt haben. . .); entscheidender dürfte es aber gewesen sein, daß alle, die im Umkreis von Beneš als Angeschriebene reagierten, genau wußten, wie sie in der entscheidenden Frage — nämlich der klaren Ablehnung von „München“ — gerade gegenüber Jaksch argumentieren konnten. Zudem rächte sich spätestens jetzt Jakschs naiv-vertrauensseliges Verhalten gegenüber Beneš, dem er — wie erwähnt — am 22. September 1941 seine eigene Distanz zur optimistisch-maximalistischen Deutung der Atlantik-Charta und der darauf aufbauenden Konzeption seiner Gruppe intern zugestanden haben muß; denn wie sollte man wegen des engen sachlichen Zusammenhangs zwischen den gegenüber Beneš verkündeten Zielvorstellungen und der am 22. September 1941 mit Beneš intern verhandelten Thematik das Schweigen Jakschs gegenüber den eigenen Mitarbeitern anders deuten können?<sup>9</sup> Seit

---

benen Vorbehalte der ČSR-Regierung zur Atlantik-Charta hingewiesen habe. Auf die von Prinz wiedergegebene Fassung wird unten in Teil III (S. 95 ff.) einzugehen sein. Hier sei auf folgendes verwiesen: In den „Memoirs of Dr Eduard Beneš“ hat der Übersetzer Lias 1954 (oben Anm. 4) auf S. 315 in der Anmerkung „Reservations to Atlantic Charter (from letter of 29th August, 1941)“ zitiert, und zwar aus Jan Masaryks Brief an die britische Regierung. Ferner ist daran zu erinnern, daß am 24. 9. 1941 auf der Regierungsebene des Interalliierten Rats neben der UdSSR alle Exilregierungen, die in London residierten, sich — nur — mit den „allgemeinen politischen Grundsätzen der Charta“ einverstanden erklärt haben; vgl. Hinweise auf Belege und Zusammenhänge bei H. Bodensieck: Provozierte Teilung Europas? Die britisch-nordamerikanische Regionalismus-Diskussion und die Vorgeschichte des Kalten Krieges 1939—1945, Opladen 1970, S. 33 f. sowie S. 93 f. (Anm. 115 ff.).

8) Prinz, Nr. 15: „Freundschaftliches Schreiben an die Herren Dr. Hubert Ripka . . .“ vom 5. 6. 1942 (Datum nur im Inhaltsverzeichnis, S. 5), S. 117 ff.

9) Immerhin liegt Benešs Version über seinen eigenen Anteil an dieser Unterhaltung vor. Sie lautet in der englischen Wiedergabe von G. Lias, veröffentlicht 1954: „On September 22nd, 1941, Jaksch came again. That was after the Soviet Union had entered the war against Germany and after our final recognition by Great Britain and the Soviet Union. I was therefore already able to speak more plainly and definitively.

I told him in particular what the attitude was at home towards our Germans and I did not hide from him the extremely uncompromising mood in our country under the impact of the brutal way the Germans had behaved to all the Czechs. I read out dispatches from home showing how our people were planning to solve the German problem. Nevertheless, I said, I regarded our

diesem Datum zeugen die von Prinz mitgeteilten Quellen von Positionsaufgabe und Resignation. Das gilt für die grundsätzliche Verlautbarung des Parteivorstands um Jaksch vom 7. Juni 1942 sowie erst recht von Jakschs Begleitbrief an Beneš bei der Übermittlung der EntschlieÙung (Nr. 18 f., S. 125 f.). Beneš reagierte erneut distanziert und abwehrend (Nr. 20, 15. Juli 1942). Nachdem er dann Jaksch offenbar wiederum auch im privaten Gespräch und mit schriftlichen MeinungsäuÙerungen vorbereitend „bearbeitet“ hatte, teilte Beneš Anfang Januar 1943 endlich die grundsätzliche Ablehnung der von Jaksch und seiner Gruppe vertretenen Position mit.<sup>10</sup>

Dieser Bericht über die von Prinz mitgeteilten Texte stellt keine bloÙe Darstellung der Fakten dar; zugestandenermaßen enthält er vielmehr bereits eine bestimmte Deutung jener Ereignisse, Probleme und Entwicklungen, auf die sich die Texte beziehen und die sich aus ihnen erschließen lassen. Zugleich ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß sich die Interpretation mehrfach von derjenigen unterscheidet, die der Herausgeber Prinz einleitend mitgeteilt hat. Ein wichtiger Unterschied ergibt sich bereits aus den Abweichungen bei der Darstellung und Bewertung der Exils-Ausgangslagen für Beneš und Jaksch in Großbritannien (Prinz, S. 21 f.). Prinz vertritt einleitend wie auch im Apparat des Bandes<sup>11</sup> größtenteils in textgetreuer Wiederholung oder erneuter Verteidigung jene Meinungen vor allem über Beneš und Jaksch, mit denen er seit 1964/67 hervorgetreten ist.<sup>12</sup> Dabei stellt er Jaksch als den seit Beginn des

---

really democratic Germans as equal partners and I asked for a clear declaration on their side—without reservations or conditions—proclaiming their loyalty to our Government-in-exile and to the Republic in its historic pre-Munich frontiers. I further told him that though I was in favour of the nomination of German representatives to the State Council, this would have to be postponed for the time being in view of the situation at home (and in accordance with the express wishes of our people in the homeland) and that meanwhile Jaksch's party and we should proceed on parallel lines. I said further that we should not force our German citizens in Great Britain to enter our Army and that the punishment of war criminals from the ranks of our Germans at home would be carried out within the framework of general retribution after this great war exactly the same principles as the punishment of Czech and Slovak war criminals. I added that I would soon have a further opportunity of discussing and clearing up all these questions with him and his friends and that I hoped we would reach agreement both about principles and about procedure.“ *Memoirs of Dr Eduard Beneš* (oben Anm. 4), S. 216 f. — Vgl. *Bachsteins Überlegungen* (1974, S. 256 f.; ähnlich S. 245).

10) Prinz, Nr. 21, S. 129—142, Benešs Brief an Jaksch vom 10. 1. 1943 (Datum der Unterschrift; Briefkopf laut Angabe bei Prinz „2. Dezember 1942“). Im einleitenden Absatz wird auf die zwischenzeitlich erfolgte Kontaktaufnahme verwiesen; es handelt sich um die Übergabe jenes „inoffiziellen Memorandums“ am 1. 12. 1942 an Jaksch, von dem eine englische „Version“ bei Prinz als Nr. 23 wiedergegeben ist (S. 151—160).

11) In einer Reihe von Anmerkungen hat der Hrsg. Erläuterungen zu Namen und Sachverhalten geboten. Einige Male hat er auf Verlorengegangenes (etwa S. 94, Anm. 1; S. 104, Anm. 4) oder auf Bezüge zwischen den einzelnen Texten (etwa S. 127, Anm. 1; S. 143, Anm. 1) verwiesen oder ein tschechisches Zitat eingedeutscht (S. 145, Anm. 1); auch hat er auf einen „falsch dargestellten Sachverhalt“ sowie auf richtigstellende Literatur (S. 160, Anm. 1) aufmerksam gemacht sowie einige „Anspielungen“ für den heutigen Leser erklärt (S. 149 f.).

12) F. Prinz: Beneš und die Sudetendeutschen, in: *Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert. Vorträge der wissen-*

Exils bis zumindest Sommer 1940 realistisch und zukunftssträftig-aufbauend denkenden und handelnden Politiker dar, der sogar meisterhaft politisch zu kalkulieren verstanden habe (S. 34 zu Nr. 4 vom 27. Mai 1940, S. 91). Der Gegenspieler Beneš habe seit „München“ in Großbritannien zumindest über eine schlechtere Ausgangslage verfügt (S. 21 f.). Für die Zeit bereits seit Sommer 1940 hat Prinz dann in Jakschs Zeugnissen eine beachtliche Spannung gefunden zwischen den programmatischen, für die Öffentlichkeit besonders der eigenen Gruppe bestimmten „Kundmachungen des Vorsitzenden Jaksch“ einerseits und andererseits seinen „vertraulichen Äußerungen“ mit ihrem „unverkennbare[n] Pessimismus, besser gesagt, ein[em] fatalistische[n] Realismus, der in merkwürdigem, wenn auch politisch verständlichem Gegensatz zu dem aktivistischen Grundtenor“ der Äußerungen von Jaksch (S. 35) gestanden habe.

Sollte es nicht möglich sein, beispielsweise dieses Urteil zu differenzieren? Müßte es darüber hinaus nicht denkbar sein, etwa die Unterschiede in den Deutungen der vorgelegten Materialien so zu klären, daß die eine Interpretation berechtigter erschiene als die andere? Wenn man das wenigstens teilweise erreichen will, müssen im Blick auf den Prinzschen Sammelband zwei Gesichtspunkte näher bedacht werden: zum einen die Position des Herausgebers Prinz, besonders im Verhältnis zu den beiden Hauptpersonen seines Themas, und sie ist, wie zu zeigen sein wird, wiederum mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung eng verknüpft; zum anderen sein „Ansatz“, besonders dessen Kennzeichen, und die Frage, wie folgerichtig Prinz ihn durchgehalten hat.

## II. Zu Position und Ansatz des Herausgebers

Für die Position von Prinz sind die Formulierungen in Kapitel I des von ihm herausgegebenen Bandes zu beachten. Wenn man sie auf die Äußerungen jener Autoren wie J. W. Br ügel<sup>13</sup>, Martin K. Bachstein<sup>14</sup> und auch Ferdinand Seibt<sup>15</sup> bezieht, auf die sie gemünzt sind und die in ihren Stellungnahmen unter Zuhilfenahme von mancherlei Belegen unterschiedlicher Herkunft und unter Anwendung unterschiedlicher Methoden zu wesentlich anderen Urteilen als Prinz über Beneš und Jaksch, über ihre Konzeptionen, ihr Tun und Lassen sowie über ihre Bedeutung gekommen sind — ohne selber übereinzustimmen —, so dürfte die Funktion dieser jüngsten Publikation von Prinz deutlich werden: Kurz vor der Veröffentlichung von Bachsteins Monographie über Wenzel Jaksch erschien dieser Band als „eine nützliche Parallelpublikation“ mit sozusagen vorbeugenden Interpretationshilfen (S. 7 sowie S. 45, Anm. 4), und zwar nicht nur zu den einzelnen Dokumenten, sondern hauptsächlich zum Gesamtkomplex der Zwangsaussiedlung, zu der Verantwortung für sie sowie dem vergeblichen Kampf gegen sie bis hin zur aktuellen Frage des Vertragsabschlusses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR (S. 26, vgl. S. 8). Dabei beansprucht Prinz nicht nur, durch sorgfältige, „nüchterne historische Analysen“

---

schaftlichen Tagungen des Collegium Carolinum in Nürnberg vom 14. bis 15. Mai 1964 und in Salzburg vom 6. bis 8. November 1964 (Veröff. des Collegium Carolinum, Bd 19), München 1967, S. 93 ff.; vgl. diesen Text S. 94 ff. mit der Fassung 1973 in der Einleitung zur Dokumentation, S. 9 ff.

13) J. W. Br ügel: Tschechen und Deutsche 1918—1938, München 1967, mit Wertungen zu Jaksch usw., lt. Personenregister erschließbar; Zusätze in meiner Besprechung in: Historische Zs. 208 (1969), S. 699—703.

14) Bachstein, 1971, vgl. oben Anm. 3.

15) F. Seibt: Beneš im Exil 1939 bis 1945, in: Beiträge ... (siehe oben Anm. 12), S. 143—156.

(S. 8, 11, vgl. auch S. 28) und ihre richtige, nämlich umfassende Anwendung (S. 23 ff.) „Mißverständnisse zu vermeiden, die unbeabsichtigt oder absichtsvoll hervorgerufen werden können“ (S. 27), sondern ihm geht es entscheidend darum, das zutreffende Verständnis von „Demokratie“ (S. 7 f.) und von „demokratischem Sozialismus“ (S. 33) — sinnigerweise offenbar gleichgesetzt mit dem „sudetendeutschen demokratischen Standpunkt“ (S. 8) — gegen Vertreter eines „rein formalistischen Demokratiebegriffs“ mit autoritär-faschistoiden Charakterzügen (S. 8) durchzusetzen. Bei diesem Kampf weiß Prinz, daß „gerade unsere Gegenwart . . . ein geschärftes Empfinden“ besitze und das Antidemokratische zu enthüllen vermöge (S. 8). Was den folgenden Gedankengang in der Einleitung betrifft, so erreicht der Herausgeber das selbstgesteckte Ziel, Beneš als jene Verkörperung des Bösen zu entlarven, die immer wieder neben den Zeitgenossen Hitler und Stalin zu wenig beachtet worden ist; denn für Prinz ist deutlich, was Beneš mit seinen Argumentationen eigentlich getan hat: es „enhüllte“ sich „die wahre politische Physiognomie Beneš': nämlich die des harten, gewiegten, nationalistischen Pokerspielers ohne irgendwelche Skrupel moralischer Art“ (S. 42)<sup>16</sup> — man vergleiche S. 43: „der Hinweis auf das ungestrafte politische Comeback der Kommunisten enthüllte die fadenscheinige Argumentation des Exilpräsidenten und seine anmaßende Richterattitüde über politische Haltungen als das, was sie in Wirklichkeit ja auch waren: Mittel der planmäßigen Diskreditierung und Diffamierung des sudetendeutschen demokratischen Exils.“

Trotz der Betonung des „Raummangels“ (S. 49, Anm. 10) wäre es im Sinne der bereits zitierten Hoffnung des Herausgebers auf den Nutzen seiner Publikation wichtig — und angesichts des S. 44 und S. 52 noch durchaus vorhandenen Raumes möglich und sinnvoll — gewesen, derartige Urteile von gleichartig gefaßten Vorurteilen gerade über Beneš abzugrenzen, die in Propagandaphrasen bis 1945 und in Polemiken seitdem formuliert worden sind<sup>17</sup>, und sich

16) Vgl. S. 20: „decouvert“ (vor Anm. 41), sowie S. 22 Mitte.

17) Die personalisierende Zuspitzung auf Beneš wurde bekanntlich vor allem in Hitlers Reden vom September 1938 als Mittel eingesetzt, um den simplen Widerspruch zwischen dem Bösen und der verfolgten Unschuld als das Grundproblem hinzustellen, das endlich zugunsten des Rechts der Sudetendeutschen gelöst werden müsse. So Hitlers Formulierungen am 12. September 1938 auf dem Reichsparteitag: „Herr Benesch treibt Taktik, er redet und will Verhandlungen organisieren. . . Herr Benesch hat diesen Sudetendeutschen keine Geschenke zu geben, sie haben das Recht . . .“, und zugespitzt im Berliner Sportpalast am 26. September 1938: „Die Frage, die uns in diesen letzten Monaten und Wochen auf das tiefste bewegt, ist altbekannt: sie heißt nicht so sehr Tschechoslowakei, sie heißt: Herr Benesch! In diesem Namen vereinigt sich all das, was Millionen Menschen heute bewegt, was sie verzweifeln läßt oder mit einem fanatischen Entschluß erfüllt. . .“ Im folgenden „enthüllte“ Hitler den Unterschied zwischen Benešs Zusagen und den Verwirklichungen dieser Zusagen: „Was hat der Mann in seinem Leben nicht alles versprochen! Und nichts hat er gehalten! Jetzt soll zum erstenmal von ihm etwas gehalten werden! Herr Benesch sagt . . . Und da kann ich jetzt nur eines sagen: nun treten zwei Männer gegeneinander auf: Dort ist Herr Benesch! Und hier stehe ich! . . . Ich habe Herrn Benesch ein Angebot gemacht, das nichts anderes ist als die Realisierung dessen, was er selbst schon zugesichert hat. Er hat jetzt die Entscheidung in der Hand! Frieden oder Krieg! . . . Herr Benesch mag jetzt wählen!“ Hitlers Reden nach der Ausgabe Berbers abgedruckt in: M. Freund (Hrsg.): Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten, Bd I: Der Weg zum Kriege 1938—1939, Freiburg, München 1953, S. 120 ff. und S. 212 ff. —

zugleich ausdrücklich mit Seibts Bestimmung des Maßstabs „guter Demokrat“ — durchaus im Sinn eines „demokratischen Sozialismus“! — auseinanderzusetzen<sup>18</sup>; statt dessen hat Prinz leider „gleich vorweg“ (S. 7) zu kurz definiert und an manchen Stellen allzu „schlichtweg“ argumentiert (Formulierung S. 33). Vermutlich hat er es deshalb getan, weil er im Verhältnis zu seinem Teilobjekt Beneš als dem Gegenspieler von Jaksch zur Bestätigung der früher vertretenen Urteile weitaus schärfer geurteilt hat als über Jaksch, dessen Haltung er im Grunde genommen verteidigen wollte. So bemerkt man, daß die Fragen „nach den historischen Wurzeln“ von Anschauungen, von „Haltung und Verfahrensweise“ zwar in bezug auf Beneš gestellt werden (S. 8), daß aber eine vergleichbare Betrachtung bei Jaksch zumeist vermieden wird; dabei verwendet Prinz durchaus jene Gesichtspunkte, die für Jaksch wesentlich waren oder seit 1935/38 wichtig geworden waren — man denke an das Stichwort vom „Volkssozialismus“ (S. 27); er erwähnt jenen Hinweis Ripkas auf den „eklatanten Widerspruch zwischen der Politik Jakschs vor und nach 1938“, womit Ripka „in der Tat eine empfindliche Stelle“ getroffen habe (S. 40); er verweist auf „die vorhandenen Spannungen innerhalb des sudetendeutschen Exils“ und deutet verharmlosend an, es hätten „Animositäten eine Rolle“ gespielt, „die bei der Ablösung des ehemaligen Parteivorsitzenden Ludwig Czech im März 1938 aufgebrochen waren“ (S. 33); er gesteht zu, daß Jakschs Verhalten zumindest einmal „nicht ungefährlich“ gewesen sei (S. 37); ja, er fügt in den Kontext von Jakschs Äußerungen sogar — wenn auch stillschweigend in bezug auf Bachsteins Fund<sup>19</sup> — ein positives Urteil über Beneš ein (S. 35, vgl. S. 50, Anm. 6). All dies wird jedoch jeweils nur punktuell erwähnt, nicht aber, wie es für Vergleichbares bei Beneš geschehen ist, in historischer Entwicklung (S. 8 f.) und systematisierend im Blick auf das Ziel von Enthüllung und Entlarvung. Zwar verweist Prinz etwa auf den „Kontext“ entweder „solcher Vorstellungen“ (S. 27) oder von jeweils „besonderen“ Situationen (etwa S. 34) — aber die situative Kontextargumentation kann bei der für Jaksch insgesamt unhistorisch bleibenden Führung des Gedankengangs nicht dazu führen, daß der Leser vom Sieg der Prinzschen Argumentationen über die von ihm abgelehnten Meinungen wirklich überzeugt wird. Zwar sagt der Herausgeber es sehr deutlich, wenn ihm Deutungen und Meinungsäußerungen anderer Autoren nicht zuzutreffen scheinen<sup>20</sup>, aber weder scheint er sich immer um teils

Reizvollerweise sind diese Personalisierungen — wenn auch mit teils veränderten Vorzeichen — seit der Jahreswende 1953/54 in den westdeutschen Auseinandersetzungen um diese Thematik wieder aufgetaucht, und zwar in breiterer Öffentlichkeit, beginnend mit der Kontroverse zwischen Michael Freund und seinem Kritiker H. Hönig — dieser hatte (unter Hinweisen auf Freunds Dokumentation der Vorkriegsjahre) Freunds neue Dokumentation in „Christ und Welt“ vom 19. 11. 1953 unter dem Titel „Hitler unterm Röntgenschirm — Beneš im Frack“ besprochen; Freund antwortete in „Christ und Welt“ am 7. 1. 1954, S. 10. Auf die Fortführung naiv-polemischer Verteufelungen Benešs vor allem in der Verbandspublizistik kann hier nicht eingegangen werden, es genüge der Hinweis auf B. Chudobas Entwurf eines Bildes von Beneš als Interessenwahrer von Atheismus und Bolschewismus, in: Beiträge (siehe oben Anm. 12), S. 33, 46.

18) Seibt (siehe oben Anm. 15), und zwar in den Schlußabsätzen.

19) Bachstein, 1971 (siehe oben Anm. 3), S. 82, Anm. 56: „Offensichtlich hatte auch Jaksch gegenüber Beneš kein völlig reines Gewissen, denn auch er unternahm wesentliche Textrevisionen, die er allerdings Beneš als ‚Unterschlagungen‘ angekreidet hätte“; es folgt die positive Beurteilung im Wortlaut.

20) Siehe Prinz, 1973, S. 45, Anm. 10; S. 47, Anm. 4; S. 48 ff.

recht eingehende Kritiken an seinen Beweismitteln gekümmert zu haben<sup>21</sup>, noch hat er stets in jener methodisch beispielhaften Weise argumentiert, die zumindest F. Seibt in die Diskussionen über Beneš eingeführt hat.<sup>22</sup>

#### Zur Auswertung eines referierenden Briefes: Jakschs erste Londoner Unterredung mit Beneš

Warum hat sich Prinz etwa damit begnügt, zur Sicherung seiner Meinung am Schluß seines Kapitels III (S. 30) lediglich seine eigene Deutung von Jakschs Schrift „Was kommt nach Hitler?“ mit Jakschs Darstellung vom „Verlauf der ersten Unterredung mit Dr. Beneš“ zu vergleichen und dabei Jakschs Darstellung unkritisch zu übernehmen (vgl. Prinz, S. 24, 26)? Hätte man nicht statt dessen zumindest fragen sollen, ob nicht auch von Beneš eine Version von Inhalt und Verlauf dieses Gesprächs überliefert sei, um zu prüfen, ob dann, wenn diese Frage bejaht werden könnte, die eigene Schlußfolgerung noch haltbar wäre? Entsteht ohne derartig kritische Distanz gegenüber allen Zeugnissen nicht allzu leicht der Eindruck, daß Prinz unvorsichtigerweise unterschiedliche Maßstäbe verwendet habe, je nachdem, ob er sich mit Beneš oder mit Jaksch beschäftigt hat? Gleiches gilt selbstverständlich in bezug auf Voreinstellungen zu Zeugnissen von diesem oder von jenem der Genannten. Die Frage nach dem unterschiedlichen Ausmaß der kritischen Distanz des Herausgebers braucht in diesem Fall gar nicht nur allgemein und dann rhetorisch klingend formuliert zu werden, sondern es läßt sich nachweisen, daß es auch in bezug auf Zeugnisse des Autors Jaksch klüger sein dürfte, der Regel „audiatur et altera pars“ zu folgen. Denn Beneš hat nicht nur seine Version von Jakschs erstem Besuch in der englischen Emigration formuliert, sondern sie ist auch veröffentlicht worden, und zwar 1954, in englischer Übersetzung. Der entsprechende Text lautet:<sup>23</sup>

„Jaksch came to see me for the first time at Putney as early as August 3rd, 1939, soon after my return to London from the United States. He told me of his own grievous hardships, of the annoyances and difficulties which beset him when with British help he left Czechoslovakia and he described to me the situation in Germany, in Austria and, of course, also among the members of his party in Bohemia.

21) Es sei etwa an die Kritiken erinnert, die J. W. Br ü g e l besonders in der „Neuen Politischen Literatur“ seit Jahren veröffentlicht hat, z. B. Jg. 1959, Sp. 8–15, zu Jakschs „Europas Weg“; die Auseinandersetzungen und Ergänzungen in den Leserbriefspalten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu Äußerungen über Jaksch und seine Politik wären ebenfalls zu beachten, z. B. W. H e n - k e l s: Ein Sozialdemokrat, den sie den ‚Deutschnationalen‘ nennen. Bonner Köpfe: Wenzel Jaksch, FAZ, 1. 3. 1961, S. 2, sowie die Leserbriefe von R. U r b a n / Marburg (FAZ, 13. 3. 1961) und J. W. B r ü g e l / London (FAZ, 21. 3. 1961). Das wäre zu Prinz, S. 45, Anm. 1, hinzuzufügen. Aber Brügels Äußerungen scheinen manchmal, wenn Prinz (oder andere Kritiker aus der böhmisch-mährischen Region) sie berücksichtigten, gar nicht nach der ursprünglichen Veröffentlichung zur Kenntnis genommen worden zu sein; denn wie könnte sonst S. 45, Anm. 3, ein Zeitschriftentitel genannt sein, den es nicht gibt, den Prinz dazu schon 1967 (in: Beiträge, S. 144, Anm. 3) richtiger zitiert hat? Allerdings findet sich eine falsche Zitierweise auch in Veröffentlichungen anderer sudetendeutscher Autoren (etwa: Hilf, oben Anm. 2, S. 85 und 130), so daß die Vermutung naheliegt, hier sei nur nach fehlerhaft erstellten „Abstracts“ zitiert worden.

22) Seibt (oben Anm. 15), S. 151. 23) Memoirs of Dr Eduard Beneš, S. 213 f.

He estimated that among the German emigrants from Bohemia in Great Britain, 50 per cent were for Greater Germany and 50 per cent for the re-establishment of Czechoslovakia in the old pre-Munich frontiers. He said that the Social Democrats émigrés from the Reich and from Austria and their policies were exercising strong influence on our Germans. But among the Germans themselves, those from the Reich and from Austria, there was a similar controversy. Both camps were counting on war coming soon but one of them expected the speedy defeat of the Third Reich and at best the re-establishment of Weimar Germany while the other, especially the Austrian Social Democrats, foresaw a vast Greater German revolution and were planning the reorganisation of Europe accordingly — that is to say by applying all Greater German aims.

Jaksch said that in this hot-headed atmosphere our Germans were in a difficult position. If their leaders could at least put before their émigrés some constructive Czech programme for the federalisation of Czechoslovakia in which there was a special territory for the Sudeten Germans (not less than in the so-called Fourth Plan which I had offered to Henlein) then, perhaps, Jaksch and his comrades could support this solution and work in the emigration for the acceptance of this plan as a final agreement between Czechs and Germans. The latter could, of course, not again accept a dictate from our side because none of them would accept the sort of situation which had existed in the pre-Munich Republic.

I listened to Jaksch's views which were patently based on the plans of the other Germans, which shared their great hopes and counted on a quick tempo in the war and on a vast political revolution by all German workers. In regard to our purely Czech matters, Jaksch at that time was reserved. Therefore I maintained reserve too and did not tell him about my plans. I merely asked him to remain in contact with me so that we could exchange views as the situation developed especially as soon as war started. I simply rejected his proposals and pointed out that we would never again return to the old theories and ideas more especially not to bilingual districts or regions. We 'emigrants', of course, were all expecting war."

Vergleicht man Benešs Bericht über seine Unterredung mit Jaksch mit derjenigen Darstellung, die Jaksch selber am Tag nach dem Gespräch brieflich an Taub übermittelt hat (siehe Ausgabe *Prinz*, Nr. 2, S. 80—82), so stellt man einige Übereinstimmungen und mehrere Unterschiede fest. Übereinstimmend ergibt sich aus dem Wortlaut beider Texte ausdrücklich oder mittelbar viererlei: Erstens haben sich die Gesprächspartner geeinigt, weiterhin miteinander in Verbindung zu bleiben. Zweitens hat Jaksch „ein konstruktives tschechisches Programm für die Föderalisierung der Tschechoslowakei“ (Beneš) bzw. die „gegenseitige Bereitschaft zu einer Föderallösung“ (Jaksch) auf der Grundlage des „Vierten Plans“ als Voraussetzung dafür genannt, daß überhaupt über die Münchener Entscheidung weiter diskutiert werden könne. Jaksch berichtete, Beneš habe den „Vierten Plan“ als Grundlage abgelehnt, während Beneš formulierte, er habe alle Vorschläge Jakschs abgelehnt und sich namens der von ihm Vertretenen („and pointed out that we would never again return . . .“) geweigert, „zu alten Theorien und Ideen“ zurückzukehren, vor allem zu Konstruktionen zweisprachiger Gebiete. Drittens läßt sich als übereinstimmend erschließen, daß Jaksch Beneš in der Einschätzung der zeitgenössischen weltpolitischen Lage (Jaksch: „allgemeine Politik“) zugestimmt habe, nämlich in der Meinung, daß bald offene Kampfhandlungen beginnen würden. Schließlich

ist viertens anzunehmen, daß Jakschs Hinweis auf die Fortführung des Gesprächs in bezug auf künftige Entwicklungen „mit beiderseitiger Zurückhaltung“ zutrifft.

Wesentliche Unterschiede in den Darstellungen des gemeinsamen Gesprächs, die anschließend genannt werden, dürften sich folgendermaßen erklären lassen: Jeder Berichtende stellte das heraus, was der Gesprächspartner in bezug auf dessen eigene Lage und ihre Probleme gesagt hatte, und zwar im Gesamtzusammenhang mit der jeweils interessenbedingten historischen Einschätzung der Situation sowie mit den eigenen Zielen und Möglichkeiten. Auch ist zu bedenken, daß bei der Formulierung an bestimmte Empfänger gedacht wurde, und zwar nicht nur im Falle des Briefschreibers Jaksch. Wenn man diese Annahmen als zutreffend voraussetzt, wird man folgern dürfen, daß sich beide Darstellungen in vielen Punkten ergänzen, in denen auf den ersten Blick nur wesentliche Abweichungen anzutreffen sind, von deren Feststellung aus wiederum der Schluß nahezuliegen scheint, daß nur einer der beiden Gewährsmänner zutreffend berichtet haben könnte, während man dem anderen unterstellt, er habe Wichtiges verschleiern wollen. Ebenfalls lassen sich von diesem Ansatz aus Unklarheiten in Formulierungen und sonstige Fragwürdigkeiten gesondert bedenken; denn bei diesen Punkten dürfte es für die Klärung wichtig sein, daß zur Deutung bedacht wird, welche/welchen Adressaten der Verfasser jeweils berücksichtigt hat.

Unterschiede in den Berichten über Verlauf und Ergebnisse des Gesprächs lassen sich vor allem für folgende Teile der Unterredung als wechselseitige Ergänzungen begreifen:

a) Einleitende Mitteilungen jedes der Gesprächspartner über die persönliche Lage und die der eigenen Gruppe.

b) Situations- und Trendanalysen der internationalen Politik durch jeden Partner.

c) Erhoffte bzw. befürchtete Auswirkungen der internationalen Entwicklungen auf das Gesamtgebiet der vor-Münchener ČSR.

Zu a) sind Benešs Hinweise auf Jakschs Schätzungen des Anteils der „Großdeutschen“ unter den deutschsprachigen Emigranten überhaupt sowie unter den Sozialdemokraten wichtig; denn sie erst verdeutlichen, aus welcher Not-situation Jaksch eine Tugend machen wollte und wie er sich das dachte: Wegen der grundsätzlichen Uneinigkeit im eigenen Lager in bezug auf den Status quo ante „München“ meinte Jaksch nämlich, die Konzeption einer gesamteuropäischen Neuordnung vermöge als Hauptnenner zu dienen, um die großdeutsche Lösung der deutschen Frage endlich auch für diejenigen annehmbar zu machen, die sie bisher bekämpft hatten. Allerdings war Jaksch, wie bereits bei der Erwähnung der Übereinstimmungen zwischen beiden Darstellungen zitiert, auch „vielleicht“ („perhaps“) bereit, eine Vereinbarung zu unterstützen, die eine „endgültige Vereinbarung“ („final agreement“) zur Lösung des deutsch-tschechischen Verhältnisses darstellte — falls Beneš verbindlich zusage, zumindest auf der Grundlage seines „Vierten Plans“ weiterzuarbeiten.

Wenn man Benešs Hinweise derartig ernst nimmt, wie es hier zu tun versucht wird, lassen sich Jakschs Angaben zu diesem Teil des Gesprächs durchaus in den Zusammenhang einfügen; es ergibt sich dann, daß Beneš Jakschs „klaren Anspruch auf die Repräsentation der Sudetendeutschen in einer neuen Situation“ schweigend angehört haben mag, zumal ihn Jaksch selber über die grundsätzlichen Zwistigkeiten dieser Gruppe unterrichtet hatte. Es fragt sich aber, ob Jaksch aus diesem Schweigen ableiten durfte, daß Beneš seinen

Führungsanspruch „nicht in Frage gestellt“ habe. Ebenfalls dürfte der Hinweis von Jaksch zutreffen, daß Beneš den „Artikel Geyers im ‚Neuen Vorwärts‘“ „ausdrücklich zitiert“ habe; denn mit diesem Zitat hatte Beneš nicht nur seine Kenntnis von den Auseinandersetzungen innerhalb der deutschsprachigen sozialdemokratischen Emigration nachweisen können, sondern er dürfte auf diese Weise auch versucht haben, seinem Gesprächspartner Jaksch zu verdeutlichen, daß er nicht die von diesem favorisierte großdeutsche Richtung für die entscheidende hielt. Ebenfalls wird dem Leser wohl nur bei diesen Interpolationen verständlich, warum Jaksch am Schluß seines vorletzten Absatzes seine Befürchtungen formulierte: „Unter diesem Aspekt sehe ich die Gefahr allerdings als sehr ernst an, daß die Sudetendeutschen angesichts gewisser Strömungen in der deutschen Emigration wieder unter die Räder kommen“ — daß sie nämlich wieder einer in jeder Hinsicht restaurierten ČSR angehören sollten.

Zu b) dürfte der Schlußsatz des von Beneš Zitierten die übereinstimmende Beurteilung der allgemeinen Lage treffend wiedergeben: „We ‘emigrants’, of course, were all expecting war.“ Benešs eigene Einschätzung mitsamt den von ihm für mehr oder weniger wahrscheinlich gehaltenen Alternativen läßt sich Jakschs Bericht entnehmen, während Benešs Darstellung wiederum angibt, was Jaksch von den unterschiedlichen Erwartungen der Deutschsprachigen berichtet hat.

In diesem Zusammenhang und zu c) fragt sich, inwieweit Jakschs Darstellung zutrifft, daß gerade oder nur Beneš mit „inneren Umwälzungen“ in Deutschland gerechnet habe; denn mittelbar ergibt sich auch aus Jakschs Bericht, daß er selber von einer antinationalsozialistischen Revolution und von deren Erfolg in Deutschland gesprochen haben dürfte, weil er sonst kaum hätte formulieren können: „Ich hatte den Eindruck, daß Beneš die Bedeutung eines stabilisierten Freiheitsregimes im Altreich als Voraussetzung einer dauernden Sicherung der tschechoslowakischen Selbständigkeit klar erkannte.“ Der Hinweis auf den gebietsmäßigen Umfang dieses revolutionären Regimes („Altreich“) sowie die Verbindung mit dem Referat von Benešs These, das Münchener Abkommen sei „nichtig geworden“, verdeutlichen aber, daß Beneš nicht nur „prinzipiell“ (wie Jaksch schrieb) von der Wiedererrichtung der Ersten ČSR gesprochen haben kann, sondern daß er auch in seinen konkreteren Überlegungen nur mit dieser Größe operiert haben dürfte. Auch insofern wird Jakschs Pessimismus — „daß die Sudetendeutschen . . . wieder unter die Räder kommen“ — begründet gewesen sein; denn in diesem Gespräch hat er Benešs Ablehnung seiner eigenen Pläne zur Föderalisierung Mitteleuropas erkennen müssen, auch wenn Jaksch selber von derartigen Konzeptionen gegenüber Beneš nach seiner eigenen Meinung nur andeutend und allgemein gesprochen haben wollte, nämlich — wie aus Benešs Bericht ersichtlich wird — als Referat einer besonders von österreichischen Sozialdemokraten vertretenen Position.

Was die Wiedergabe von Benešs Darlegungen in Jakschs Bericht überhaupt angeht, so deutet bereits eine bestimmte Formulierung darauf hin, wie sehr Jaksch die eigenen Konzeptionen, Wünsche und Ziele für realisierbar gehalten und wie wenig er — trotz seines ausdrücklich formulierten Pessimismus — die Erfolgsaussichten seines Gegenspielers Beneš für die Verwirklichung von dessen Konzeption im Blick auf Gegebenheiten und mögliche Entwicklungen durchkalkuliert hat. Jaksch hat nämlich einleitend ausdrücklich erwähnt, daß Beneš die These der „staatsrechtlichen Kontinuität aufrechterhalten“ wollte, und zwar — wie wohl mitgedacht werden muß — entsprechend der Position des Tschechoslowakismus. Wenn Jaksch nun im Verlauf seines Berichts trotz

des erwähnten Pessimismus doch noch etwas Spielraum erkennen zu können meinte für die Verwirklichung seiner eigenen, entgegengesetzten Position, so nur deshalb, weil er Benešs Tschechoslowakismus nicht konsequent in die von beiden erhoffte Situation einer Niederlage des nationalsozialistischen Reichs transponiert hat. Zwar formulierte Jaksch durchaus seinen „Eindruck, daß Beneš die Bedeutung eines stabilisierten Freiheitsregimes im Altreich als Voraussetzung einer dauernden Sicherung der tschechoslowakischen Selbständigkeit klar erkannte“ (Hervorhebung nicht im Original) — aber unmittelbar anschließend schrieb er von der „tschechischen Politik“, und im Schlußabsatz hieß es ausdrücklich, Beneš neige dazu, „die Vorteile der tschechischen Position zu überschätzen“, da „sich die künftige tschechische Politik auch mit Polen, Ungarn und Österreich auseinandersetzen haben“ werde (Hervorhebungen nicht im Original). Hier hat Jaksch offenbar seine innerstaatlichen Vorstellungen von einem wesentlich verbessert erneuerten, demokratischen Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in den historischen Ländern unbesehen auf die künftige zwischenstaatliche Lage übertragen, die Weiterexistenz der neu gegründeten Slowakischen Republik genauso selbstverständlich vorausgesetzt wie den Widerspruch zu seiner großdeutsch-sozialistischen Hoffnung übersehen, da er ja auch von einem wiedererrichteten „Österreich“ als Pluspunkt für seine Hoffnung schrieb. Sollte man vielleicht sogar annehmen, Jaksch habe vorausgesetzt, eigentlich seien nur die Tschechen die Träger und Nutznießer des Tschechoslowakismuskonzepts gewesen und würden es bleiben? In diesem Fall wäre zu fragen, welche politischen Vorstellungen von einer „Tschechei“ sich damals undurchdacht bei Jaksch ausgewirkt haben könnten. Blickt man nun auf Benešs Formulierungen, so ergibt sich aus dem Referat dieses gelehrten Juristen, daß Jaksch tatsächlich mehrfach von einer „nur“-tschechischen Politik gesprochen haben wird — allerdings immer nur bezogen auf innerstaatliche Probleme. So soll Jaksch um ein „konstruktives tschechisches Programm für die Föderalisierung“ der ČSR gebeten haben, damit er sich gemeinsam mit seiner Gruppe vielleicht für ein endgültig geregeltes Zusammenleben von Tschechen und Deutschen einsetzen könne; ebenso habe sich Jaksch in bezug auf die „rein tschechischen Angelegenheiten“ reserviert verhalten. Vermutlich hat Beneš hier trotz der Kürze exakter referiert als Jaksch — allerdings müßte man auch mit der Möglichkeit rechnen, daß Beneš andere Fälle, in denen Jaksch gesprächsweise ebenso formuliert haben könnte („tschechisch“ statt gemeint „tschechoslowakisch“), hier nicht schriftlich festgehalten oder hier für das Manuskript einer Buchveröffentlichung nicht aufgegriffen hat, sondern lediglich als Bestätigung seines Eindrucks von Jakschs distanziertem Verhältnis zur eigenen staatsrechtlichen Kontinuitätsthese bewertet haben könnte. Der Hinweis Benešs auf seine Ablehnung von Jakschs Vorschlägen und von „alten Theorien“ spräche genauso für diese Annahme wie Benešs Hinweis auf sein Schweigen gegenüber Jaksch, weil dieser von einer großdeutschen sozialistischen Revolution geradezu geschwärmt haben dürfte und auch auf diese Weise seine grundsätzliche Abneigung gegen Benešs These ausgedrückt hatte.

Bereits ein solcher Vergleich der in mehrfacher Hinsicht unterschiedlichen Zeugnisse zweier Gesprächspartner über ein und dieselbe Unterhaltung dürfte auch für die Rekonstruktion dieses Sachverhalts beweisen, wie wichtig es ist und bleibt, möglichst umfassend die Darstellung jedes der jeweils Beteiligten zu kontrollieren. Um auf die Auswertung nur einer der beiden Darstellungen durch Prinz zurückzukommen, so fragt es sich, ob Beneš und Jaksch überhaupt

derartig von gleich zu gleich haben verhandeln können, wie Prinz es anzunehmen scheint: „Man bezog zwar bestimmte, nicht sehr klar umrissene Positionen, ließ sich aber ansonsten nicht in die Karten sehen“ (Prinz, S. 24). Zuzustimmen ist der Wertung von Prinz: „Die Formel von der ‚Verschweigerung‘ der ČSR hatte sich schon in der Ersten Republik als dubioses und mißverständliches Programm, besser gesagt, als politische Chimäre erwiesen“ (Prinz, S. 25). Aber deshalb wird man noch nicht die Darstellung von Jaksch übernehmen müssen, „man“ habe „eine ‚Schweizer Lösung‘ als erstrebenswertes Maximalziel“ bezeichnet (Prinz, S. 25). Vielmehr wird man erstens annehmen müssen, daß gerade Jaksch selber diese Formel im Gespräch verwendet hat, und zweitens wird man vermuten dürfen, daß Jaksch gegenüber dem Briefempfänger Taub die unklar-verhüllende Formulierung verwendet hat: „Es war davon die Rede, daß eine Schweizer Lösung ein erstrebenswertes Maximalziel sei.“ Denn nur mit Hilfe einer solchen passivischen Redeweise durfte Jaksch hoffen, gegenüber Taub verschweigen zu können, wer von beiden Gesprächspartnern überhaupt dieses Argument verwendet haben mochte. Gegenüber Taub wird Jaksch einkalkuliert haben, daß er selber nicht jenes „Schweizer Lösungs“-Argument verwendet haben durfte, das seit 1937 in der SdP- und in der reichsdeutschen Propaganda eine wichtige Rolle gespielt hatte. Gerade deshalb konnte aber auch Beneš gar nicht als Stichwortgeber in jenem positiven Sinn in Frage kommen, der sich aus Jakschs Darstellung ergibt — es sei denn, man wollte annehmen, Beneš selber habe bei der Ablehnung aller „alten Vorschläge“ auch diese Formel einbezogen — dann allerdings wäre Jakschs Wertung des Arguments falsch. Wenn man dagegen Benešs Hinweis aufgreift, er habe „einfach“ Jakschs Vorschläge usw. abgelehnt, so fällt auch diese derartig propagandistisch belastete Konzeption unter die pauschal abgelehnten Pläne.<sup>24</sup> Weitere Mutmaßungen in bezug auf den Gesprächsverlauf hat Prinz selber vorsichtiger formuliert, etwa zum Stichwort „Nečas-Instruktion“: „Jaksch scheint darauf nicht näher eingegangen zu sein, sondern sondierte seinerseits . . .“ (S. 25 bei Prinz).

Die abschließende Wertung von Prinz zur entscheidenden Frage nach eigentlicher Position (großdeutsch oder nicht?) wiederum findet sich S. 30: „Ein Vergleich zwischen der Schrift ‚Was kommt nach Hitler?‘ und dem Verlauf der ersten Unterredung mit Dr. Beneš zeigt zur Genüge, daß Jaksch eine ‚großdeutsche‘ Position nur als eine unter mehreren Möglichkeiten betrachtete, gleichsam als taktisch formulierte Maximalforderung, daß er aber bereit war, von ihr in dem Augenblick abzurücken, in dem die tschechische Seite konkrete Garantien für das künftige politische Schicksal der Sudetendeutschen anzubieten gewillt war. Dies sollte jedoch zu keinem Zeitpunkt der Fall sein.“ Dieses Urteil von Prinz wäre zumindest in zwei Punkten zu ergänzen und zu verändern: Erstens müßte es zu Beginn des Prinz-Zitates heißen, und zwar mit Einfügungen: „Ein Vergleich zwischen der Schrift . . . und dem aus den Darstellungen beider Gesprächspartner zu erschießenden Verlauf der ersten Unterredung . . .“; zweitens müßte das über Jakschs Kalkulationen und Strategie Erschlossene entscheidend relativiert werden, nämlich als „taktisch formulierte Maximalforderung, daß er aber bereit war, von ihr in dem Augenblick vielleicht abzurücken . . .“.

24) Allerdings gibt zu denken, daß Beneš wiederum seine warnende Erwähnung des sog. „Pittsburger Vertrags“ im eigenen Kurzreferat übergangen hat — bei diesem neuralgischen Punkt des „tschechoslowakischen“ Selbstver-

Der Vollständigkeit halber sei zur Bewertung von Beneš Darstellung noch auf folgendes verwiesen, was Bachstein (1974) von Jan Křen (1961) übernommen hat: „Noch vor seiner ersten Unterredung mit Jaksch hatte Beneš einen vertraulichen Bericht aus Schweden erhalten, in dem es warnend hieß, Jaksch sei sich über die staatliche Zugehörigkeit des Sudetenlandes nicht im klaren, er werde aber eine Einigung auf der Grundlage des Vierten Planes fordern.“<sup>25</sup> Folglich ist angesichts dieses Kenntnisstands bei Beneš noch mehr — als oben angenommen — davon auszugehen, daß er Jakschs Darlegungen im entscheidenden Punkt klar durchschaut und ausdrücklich auf sie reagiert haben muß. Leider hat Bachstein darauf verzichtet, sein pauschales Urteil über die Bedeutung von Beneš späteren Formulierungen in bezug auf diese Unterredung zu belegen: Jakschs „Bericht beweist außerdem, daß Beneš später in seinen fragmentarischen Erinnerungen über sein damaliges politisches Verhalten gegenüber Jaksch im großen und ganzen objektiv berichtete“ (Bachstein, 1974, S. 202). Ohne Bezug auf Beneš Formulierungen hat Bachstein nämlich angenommen, daß „Beneš mit einer ausführlichen, taktisch motivierten, aber im Inhalt richtigen Analyse der Haltung reichsdeutscher Exilgruppen zur sudetendeutschen Sozialdemokratie geantwortet haben“ müsse, „der Jaksch nicht widersprach“. Bachstein zitiert zugleich kurz aus Geyers Beitrag zum „Neuen Vorwärts“, auf den sich Jaksch im Bericht an Taub bezieht.<sup>26</sup> Dieser Meinung Bachsteins wäre entgegenzuhalten, daß sich aus Beneš Kurzreferat ergibt, Jaksch habe über die unterschiedlichen Meinungen der deutschsprachigen Emigranten berichtet, während Beneš nur an der wesentlichen Nahtstelle der Überlegungen Jakschs mit Hilfe des Geyer-Zitats eingehakt zu haben brauchte.

Faßt man diesen bisher erreichten Stand der Rekonstruktion von Jakschs erster „Fühlungnahme mit Edvard Beneš“ (Bachstein) im Londoner Exil zusammen, so stellt sich heraus, wie sehr Methodisches und Kritisches als Umsicht und Vorsicht sowohl gegenüber Zeugnissen nur eines Gewährsmannes als auch im Verhältnis zu den Voreinstellungen des Autors gegenüber einem seiner „Objekte“ benötigt werden, falls Verkürzungen und vorschnelle Schlüsse vermieden werden sollen. Allerdings ist auch eine weitere Möglichkeit zu bedenken, weswegen Prinz zu den hier kritisierten Ergebnissen gelangt sein könnte. Es brauchten nämlich durchaus nicht methodische Mängel und die Bestätigung von Vorurteilen das Entscheidende für Prinz' Formulierungen gewesen zu sein, sondern Prinz könnte seine Meinungen auf Grund von Belegen gewonnen haben oder beweisen können, die er hier wegen Raummangels (S. 49, Anm. 10) nicht nennen konnte. So findet sich eine wichtige Formulierung in Anm. 4 zum I. Kapitel. Dort heißt es S. 45: „Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, sei betont, daß unsere Ausführungen in keiner Weise den Anspruch erheben können und wollen, die vielschichtigen Probleme des Londoner Exils auch nur annähernd vollständig darzustellen. Es geht hier lediglich darum, für die Interpretation der publizierten Dokumente eine Hilfe zu geben. Es versteht sich, daß dabei viele Sachverhalte beseite gelassen oder nur kurz erwähnt werden konnten.“

Angesichts dieses Hinweises darf der Leser wohl voraussetzen, daß Prinz nur das berücksichtigte oder erwähnte, was für ihn wichtig war und was als

---

ständnisses dürfte Jaksch ein aufmerksamer Zuhörer und genauer Berichterstatter gewesen sein.

25) Bachstein, 1974, S. 202, Anm. 34.

26) Bachstein, 1974, S. 203 und dort Anm. 36.

Interpretationshilfe zugunsten seiner These zu dienen vermochte, und daß der Herausgeber das, was er an komplexen Sachverhalten aus dem Bereich des Londoner Exils nicht in den Gedankengang der Einleitung oder auch in die Texte der Anmerkungen eingearbeitet hat, für unwichtig gehalten hat. Es dürfte sich dann jedoch angesichts der tatsächlich vorhandenen Fülle von Publikationen aus der Epoche des Londoner Exils wie in der Sekundärliteratur in diesem Komplex herausstellen, daß Prinz mit seinem Vorgehen entweder isolierte Deutungen gefördert oder nur die Interpretationen von Teilspekten in den mitgeteilten Dokumenten ermöglicht hat, daß aber die jeweils konkrete und komplexe Situation des Herausgefordertseins, auf die Jaksch reagieren mußte und auf die er auch eingegangen ist, undeutlich bleibt. Angesichts der wichtigen Beobachtung Bachsteins, daß Jaksch fähig gewesen sei, „Gedanken aufzugreifen und zu entwickeln“<sup>27</sup>, ist diese Überlegung grundsätzlich wichtig; für das Begreifen von Jakschs „Einleben“ in die neue Umwelt der Emigration ist die Verwirklichung dieses Ansatzes der Deutung notwendig.

Diese Überlegung führt zum zweiten Gesichtspunkt. Mit seiner Hilfe soll versucht werden herauszufinden, welche Deutung der Materialien als zutreffend zu bewerten wäre. Es handelt sich um den „Ansatz“, mit dem Prinz an die Quellen herangegangen ist, und um die Art, in der er den „approach“ verwirklicht hat. Als Kennzeichen wurden bereits genannt:

situative Kontextargumentation;

im Blick auf Ziele und Denkweisen von Politikern eine Entfaltung der Gedankengänge in zeitlicher und besonders in systematischer Hinsicht;

vergleichendes Herausarbeiten der Konzeptionen zweier Gegenspieler und der Gehalte dieser Überlegungen an Zukunftsträchtigen und Humanitärem;

mehr oder weniger vertieftes Eingehen auf die größeren Zusammenhänge sowie Beachten des unterschiedlichen Ausmaßes an diplomatisch-taktischem Geschick beider Politiker.

Wenn man nun diese Momente des Prinzschen Herangehens an die Thematik allein auf den Beginn seiner Textauswahl bezieht und bedenkt, wie der Herausgeber die Zeugnisse von Jakschs Einleben im Exil aus- und bewertet, so ist zumindest eines festzustellen: im Gegensatz zu den Ausführungen über Beneš fehlt die situative Kontextargumentation in bezug auf manche Texte von Jaksch.

#### Zur Auswertung einer Situationsanalyse Jakschs mit programmatischen Folgerungen: Die Diskussionsituation im Londoner Exil 1938/39

Am Beispiel der Deutung und Bewertung des ersten Dokuments, also des „Nach Hitler?“-Fragments, seien die Gesichtspunkte dieser Einbeziehung des zeitgenössischen Umkreises in die Auswertung aufgezeigt. Der Vorwurf, daß die situative Kontextargumentation in bezug auf Jakschs Äußerungen fehle, ergibt sich, wenn man jene Motive und Stichworte durchsieht, die Jaksch in den von Prinz herausgegebenen Briefen und anderen Dokumenten aufgegriffen hat. Zumindest drei mehr oder weniger umfangreiche Diskussionsbereiche müssen berücksichtigt werden, wenn Fehldeutungen vermieden werden sollen; Prinz hat diese Bereiche kaum oder gar nicht berührt, obwohl Dokumentationen und Sekundärliteratur greifbar gewesen wären. Es handelt sich um folgende Komplexe:

27) Bachstein, 1971, S. 70.

1. Die Fortentwicklung der „Volkssozialismus“-Vorstellungen im Blick auf die — 1939/40 von manchem Emigranten und auch Engländer (wie Prinz berechtigterweise schreibt) als realisierbar betrachtete — Möglichkeit, nach der Niederlage der nationalsozialistischen Machthaber revolutionär ein sozialistisches Großdeutschland zu gestalten. In diesem Zusammenhang wären endlich die Ergebnisse von Erich Matthias' Untersuchungen<sup>28</sup> aufzugreifen, wenn auch gerade für seinen Exkurs zur sudetendeutschen Sozialdemokratie seit 1952, dem Erscheinungsjahr seiner Dissertation, weitaus mehr und Differenzierteres zu sagen wäre. Falls das geschähe, wäre es auch möglich, weniger polemisch, als es Prinz getan hat, über die von ihm so genannte „spalterische Zinner-Gruppe“ (S. 33) zu urteilen. Dann ließe sich sowohl die Erläuterung zu Curt Geyer (S. 81) verdeutlichen als auch das Urteil revidieren, die Gruppe sei „für den Aufbau der Bundesrepublik nach 1945 nicht mehr in Betracht“ gekommen (S. 34) — denn publizistische Einwirkungen von Gruppenmitgliedern auf die ideologischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland finden bis zum heutigen Tag statt, nicht nur von London aus, und sicherlich im Sinn jener Demokratisierung, um die es doch auch Prinz zu tun ist.

2. Der Bezugsrahmen für die Stellungnahmen sowohl von Jaksch und anderen deutschsprachigen Emigranten aus der Tschechoslowakei als auch für Beneš und seine Anhänger sowie für westeuropäische und nordamerikanische Politiker und Publizisten: nämlich jene Diskussionen, die seit „München“ in bezug auf die Zukunft besonders Mitteleuropas und darüber hinaus über Bedingungen und Möglichkeiten einer friedensichernden Einigung des ganzen Kontinents geführt worden sind.<sup>29</sup> Wenn man diese „geistige Situation“, die Jaksch wie Beneš und Ripka vorfanden, berücksichtigt, ergeben sich wichtige Gesichtspunkte, ohne die Deutungsvorschläge und Interpretationshilfen zu Stellungnahmen aller genannten Diskussionsteilnehmer unzureichend bleiben.

3. Die Auseinandersetzungen unter den Emigranten wegen des sog. Hitler-Stalin-Paktes von 1939 bis zum Sommer 1941; in diesem Zusammenhang ist der Vorwurf gegen „Handlanger Hitlers“ (S. 85) zu verstehen.<sup>30</sup>

Hier sei lediglich der zweite Komplex aufgegriffen, also die Diskussionssituation seit Herbst 1938 vor allem im Londoner Exil. Sowohl Formulierungen in den Auseinandersetzungen zwischen Prinz und Seibt seit 1964/67<sup>31</sup> als auch Äußerungen von Bohumil Černý von 1968<sup>32</sup> und Bachstein von 1971<sup>33</sup>

28) E. Matthias: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933—1938 (Veröff. des Instituts für Zeitgeschichte, München), Stuttgart 1952, dort (zu Prinz, 1973, S. 81) etwa Hinweise zu C. Geyer; vgl. ferner W. Röder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940—1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe B: Historisch-politische Schriften), Hannover 1968 (veröffentlicht 1969), Bonn-Bad Godesberg 2 1974.

29) Vgl. W. Lipgens (Hrsg.): Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940—1945 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd 26), München 1968; Röder (oben Anm. 28 sowie unten Anm. 41); auch Bodensieck (oben Anm. 7) sowie die Besprechungen dieser Arbeiten.

30) Hierzu J. W. Brügel (Hrsg.): Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa, Wien 1973.

31) Seibt, Beneš im Exil, in: Beiträge (oben Anm. 12), S. 148.

32) B. Černý: Dr. Eduard Beneš und die deutsche Frage während des

legen nämlich die Vermutung nahe, daß bei der Rekonstruktion der Auseinandersetzungen zwischen Beneš und Jaksch und damit auch bei der historischen Betrachtung der Umsiedlungskonzeptionen mehrere Bestandteile, Themen und Tendenzen damaliger Erörterungen kaum oder gar nicht einkalkuliert worden sind. Genannt seien:

a) Clarence K. Streits Forderung „Union Now. The Proposal for Interdemocracy Federal Union“, erschienen im März 1939;

b) Hubert Ripka's „Munich: Before and After. A fully documented Czechoslovak account of the crises of September 1938 and March 1939 with a detailed analysis of the repercussions of the Munich Agreement on the Situation of Europe as a whole and of Central Europe in particular, together with an essay on the reconstruction of a free Europe“ — erschienen in London noch Ende Frühjahr 1939<sup>34</sup>;

c) Hoffnungen auf eine sozialistische Revolution im nationalsozialistischen Reich, und zwar nicht nur genährt von Parteien der Dritten Internationale, sondern gerade von sozialdemokratischen Gruppen im Exil in den ersten Wochen und Monaten nach Beginn des Zweiten Weltkrieges<sup>35</sup>;

d) die „Exit Prussia“-Propaganda vor allem des nach London emigrierten Edgar Stern-Rubarth, nach mancherlei internen Erörterungen zu Beginn des Jahres 1940 in London als Band mit dem Untertitel „A Plan for Europe“ erschienen. Diese Diskussion gehörte in den größeren Rahmen von Überlegungen, ob und wie Deutschland aufgeteilt werden sollte.

Jedes dieser wesentlichen Diskussionselemente besonders der deutschsprachigen Emigrantengruppen in London hat Jaksch — allein oder gemeinsam mit seinen engsten Mitarbeitern — in den Stellungnahmen aus den Jahren 1939/40 und 1943 aufgegriffen; zum Beweis sei auf folgende Belege verwiesen:

Zu a): Hier ist auf das „Was kommt nach Hitler?“-Fragment aufmerksam zu machen, und zwar auf die Gesichtspunkte „Unionsprinzip“ (Prinz, 1973, S. 69 f.) und Echo „in Großbritannien“ auf „europäische Unionspläne“ (ebenda, S. 73); auch in späteren Texten tauchen die „Friedensziele der britischen... Arbeiterbewegung, wie sie in den Erklärungen C. R. Attlees... niedergelegt sind“,

---

Zweiten Weltkrieges, in: K. Bosl (Hrsg.): Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik, München, Wien 1969, S. 171.

33) Bachstein, 1971, S. 68: „Wichtig erscheint auf alle Fälle, daß Jaksch unter dem Eindruck des deutschen Vormarsches in Europa den Donauföderationsplänen, die er noch wenige Jahre zuvor vertreten hatte, den Rücken gekehrt und nunmehr die politische Konstellation des Jahres 1939 als Grundlage seiner weiteren Pläne akzeptiert hatte.“

34) H. Ripka: Munich: Before and After, London 1939. Folgende Zitate mit Verfassernamen Ripka und Seitenangabe stammen aus diesem Band.

35) Z. B. Bohumil Černýs Meinung: „In den Jahren 1939—1941 rechneten Stalin und die Komintern damit, daß es in Deutschland zu einer proletarischen Revolution kommen werde, die Hitler stürzen und zum Ausgangspunkt des Sozialismus in der damaligen internationalen Krise werden sollte. Am beredtesten waren in dieser Hinsicht die Erklärungen der drei kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei vom November 1939. Sie deuteten die erwähnten Hoffnungen auf eine deutsche Revolution gegen den nazistischen Imperialismus an...“ Vgl. Černý (oben Anm. 32), S. 171. Zur Stützung von Černýs Bewertung wäre allerdings auf Benešs Hinweise zu achten; denn in den „Memoirs“ (oben Anm. 4) berichtet Beneš zum 10. 10. 1939 über ein entsprechendes Gespräch (S. 140 ff.), und in den Anmerkungen bietet er wichtige Zitate aus der Resolution des ZK der KPČ vom 15. 12. 1940 (S. 160—162).

auf (ebenda, S. 86), ebenfalls Attlees Alternative „Föderation oder Untergang!“ (ebenda, S. 89, vgl. Zitat S. 144) sowie Sir Walter Layton, „Allied War Aims“ (ebenda, S. 144).<sup>36</sup>

Zu b): Es ist wichtig, daß sich Jaksch in seinem Fragment ausdrücklich mit dem Argument auseinandersetzt, die Forderung nach Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für die Sudetendeutschen sei inzwischen als Tarnungsparole (Prinz, 1973, S. 57) der deutschen „Sozialimperialisten“ (ebenda, S. 62) entlarvt worden — nur angemerkt sei, daß bei diesem Stichwort noch den Wirkungen kommunistischer Agitationskunstgriffe bei Jaksch nachgegangen werden müßte, denn als „Sozialfaschisten“ waren bekanntlich die Sozialdemokraten der Weimarer Republik von der KPD diffamiert worden.<sup>37</sup> Was Ripkas Folgerungen in bezug auf eine Verabsolutierung des Selbstbestimmungsrechts betrifft, so hat sich Jaksch auch ihnen weitgehend angeschlossen: „Das abstrakte Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes vermag in großen Zonen des Kontinents die Frage beiderseits befriedigender Grenzziehungen nicht zu lösen“ (Prinz, 1973, S. 69). Ebenfalls hat Jaksch mit Ripka in der Ablehnung imperialistischer Wirtschafts-Großraumvorstellungen übereingestimmt — derartige Konzeptionen waren von der nationalsozialistischen Propaganda unmittelbar nach dem Münchener Erfolg zur Vorbereitung der nächsten Phase von Machtausweitung des Großdeutschen Reiches verbreitet worden.<sup>38</sup> Angesichts der von Ripka — schon damals, dazu noch öffentlich! — betonten „difficulties of mass exchanges of population“ sind sowohl Ripkas Schlußfolgerungen als auch Jakschs Antwort wichtig. Ripka hatte nämlich für die erhoffte Situation eines Europa, in dem die derzeitigen Systeme im Deutschen Reich und in Italien abgelöst worden sein sollten, die sofortige Schaffung eines Vereinigten Europa nicht für notwendig gehalten. Statt dessen war er wieder für eine Donau-Föderation eingetreten. Sie sollte mit den benachbarten Großmächten zusammenarbeiten, und zur Erhaltung des Machtgleichgewichtes sollte sie ebenfalls mit den „Western democracies“ kooperieren. Dies Konzept „will be facilitated by a new arrangement of frontiers. There is no doubt that in the next European crisis the existing frontiers in Central and Eastern Europe will be changed, and it is doubtful if any state will be left untouched by such changes. It is certain that an attempt will be made to arrange that in each state there shall be the smallest possible number of national minorities or that their numbers should reciprocally balance. It is certain, however, that national minorities will, nevertheless, remain in most, if not all, of the states, owing to the considerable intermingling of nationalities in Central and Eastern Europe, and the difficulties of mass exchanges of population. The frontiers of states

36) Zu Attlee und Layton bes. *Lipgens* (oben Anm. 29), S. 405 ff., bes. S. 414 f. und S. 509 f. — S. 509, Anm. 1, Näheres zu Layton.

37) Z. B. in der „Resolution der Parteikonferenz der KPD über das 12. Plenum des EKKI und die Aufgaben der KPD“ vom 17. 10. 1932, zit. bei O. K. *Flechtheim*: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1948, S. 287, zur Entmachtung der sozialdemokratischen Funktionäre in Preußen am 20. 7. 1932: „Auch nach der weitgehenden Verdrängung der sozialfaschistischen Führer aus den höheren Staatsfunktionen (20. Juli) schlagen die Führer der SPD . . .“

38) Siehe *H. Bodensieck*: Zur außenpolitischen Argumentation des Nationalsozialismus nach dem Münchener Abkommen 1938, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht X* (1959), S. 269 ff.; *ders.*: Volksgruppenrecht und nationalsozialistische Außenpolitik nach dem Münchener Abkommen 1938, in: *ZfO VII* (1958), S. 514 ff.

will have to be determined, not on the Munich principle, but with regard to geographical, economic and certainly also strategic considerations. Thus the principle of self-determination will be somewhat limited in its application, just as any other principle is liable to be limited in practice, in order to avoid absurdities.“ Allgemeinen Überlegungen hatte Ripka die Konsequenzen für die Donau-Föderation folgen lassen: „so far as the states of the future Danubian federation are concerned, they can come to an agreement about a minority régime, and special organs of this federation might be entrusted with the task of ensuring its observation; thus these countries would effectively complete and assure by their own arrangement of the minority question its general settlement, which would be introduced for the entire European federation. In order that this minority régime should really be fulfilled and observed, it will be necessary that common principles of justice and freedom should be recognised everywhere; for otherwise no practical co-operation would be possible.“<sup>39</sup>

Beachtet man allein die Motive und Gedankengänge dieses kurzen Auszugs aus Ripkas „Essay on the Reconstruction of a Free Europe“ in seinem Buch, so begreift man, wogegen Jaksch polemisiert hat („Alle von Prag ... lancierten Pläne einer separaten Donauföderation sind auf dem Papier geblieben“, Prinz, 1973, S. 71), so wird seine Gegenargumentation für eine „gesamt-europäische Neuordnung“ unter Beachtung ihrer unterschiedlichen Bestandteile deutlich, insbesondere einer „gesamtdeutschen Frage“, wobei die Akzentuierung seines Vorschlags verständlich wird, nämlich „die Föderalisierung Innereuropas und den föderalistischen Zusammenschluß einiger Randzonen mit einem gesamteuropäischen Garantiesystem“ zu kombinieren (ebenda, S. 70). Um dies zu erreichen, war nach Jakschs Meinung eine „Synthese zwischen Selbstbestimmungsrecht und Wirtschaftsraum, ergänzt durch das Unionsprinzip“, notwendig (ebenda, S. 70). Nach Überlegungen zu den unterschiedlichen Interessenlagen der einzelnen Staaten (auch übrigens aus der Streitediskussion entnommen) und nach den wichtigen Hinweisen auf Notwendigkeiten und Möglichkeiten der neuen Lage (ebenfalls gerade in der zeitgenössischen britischen Diskussion anzutreffen) beschäftigte sich Jaksch mit „Funktionen und Institutionen des inner-europäischen Föderalismus“. Als erste Aufgabe der inner-europäischen Föderation nannte er: „1. Definitive Bereinigung der offenen Grenzfragen durch Ausbalancierung der Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechts mit verkehrspolitischen Bedürfnissen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Als technische Hilfsmittel können hierbei ein organisierter Bevölkerungsaustausch und reziproke Minderheitenschutzabkommen in Betracht gezogen werden“ (Prinz, 1973, S. 76).

Zu c): Es finden sich allein schon in Ripkas Buch — um nicht auf die Fülle der damaligen Tages- und Flugschriftenpublizistik zurückzugreifen — jene Überlegungen insbesondere zur ideologischen Revolution in Deutschland (Ripka, S. 476 ff.), die dann Jaksch und seine Freunde in der Deklaration von Holmhurst am 10. März 1940 aufgegriffen haben, als sie „Unsere Friedensziele“ definierten:<sup>40</sup> „Der Beitrag der freien Deutschen zu einem freien Europa kann nur in revolutionärer Leistung bestehen. Ihre Aufgabe ist die Ausrottung

39) Ripka, S. 476—482, Zitate S. 481 f.

40) Prinz, 1973, S. 86. Zwei Fragen zur Schreibweise bzw. zur Textüberlieferung seien hier formuliert: 1. Müßte nicht eigentlich anstelle von „freie Deutsche“ richtig geschrieben werden „Freie Deutsche“, und zwar analog zu „Freie Franzosen“ usw. im späteren Londoner Exil seit Juni 1940? 2. Müßte es nicht anstelle von „militärischem Geist“ heißen „militaristischer Geist“?

des imperialistischen und militärischen Geistes in der eigenen Nation, die Überwindung aller Vorherrschaftsträume und die Zurückführung der Deutschen zu ihrer Mittlerrolle zwischen Ost und West, Nord und Süd. Die besondere Sendung der Sudetendeutschen ist es dabei, eine Brücke zwischen deutschem und slawischem Wesen zu sein“ (Prinz, 1973, S. 86).

Man vergleiche die Rollenzuweisung in der Denkschrift für Beneš vom 11. September 1941 über „die maximalen Voraussetzungen einer revolutionären Kooperation zwischen der tschechischen Freiheitsbewegung und den demokratischen Sudetendeutschen“: nämlich „Führung der demokratischen Revolution innerhalb der drei Millionen Sudetendeutschen“ mit dem Ziel, „mit den Überresten der nationalistischen und faschistischen Ideologien Tabula rasa zu machen“ — und weil Jaksch die Klassenbindung des politischen Denkens voraussetzte, sollten also bei dieser demokratischen Revolution in ideologischer Hinsicht die Reste der nationalistischen Herrschaft der deutschen Bourgeoisie vernichtet werden (Prinz, 1973, S. 107, Punkt 3: „Unsere Rolle im Sudetengebiet“; Ausführungsvorschläge für das Programm der gemeinsamen deutsch-tschechischen Reeducation aller Sudetendeutschen dort S. 108 f.).

Mit dieser Betonung der ideologischen Revolution und der Forderung, in ihr die führende Rolle zu spielen, hatte Jaksch sowohl auf Angriffe gegen seine eigene ideologische Entwicklung zu antworten als auch Ripkas Angriff in dieser Richtung aufzufangen versucht, hatte doch Ripka gefolgert: „German revolution could not overcome Nazism and Pan-Germanism... merely by bringing about a political upheaval and a change of the socio-economic system. Such a change is necessary, it is true, but the revolution would stop half-way if it did not consciously link up with the famous tradition of German humanism and if it did not strive after spiritual co-operation and co-ordination with the other European nations in the spirit of Leibnitz [so bei Ripka], Lessing and Goethe... Only in this way will it be possible to bridge the gulf which to-day so tragically divides Germany from the rest of the world...“ (Ripka, S. 477 f.).

Beachtet man, daß Ripka diesen wesentlich ideologischen Charakter der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland betont hatte, so versteht man auch, was Jaksch mit seinem Fragment vom Sommer 1939 andeutend gemeint hat, und zwar als Antwort auf Ripkas Forderung: „Am besten wird das Schreckgespenst des ‚Pangermanismus‘ durch eine innere Föderalisierung Deutschlands selbst zu bannen sein. Eine deutsche Politik, die entschlossen ist, seriöse Beiträge zur Neuordnung Europas zu liefern, hat im Inneren Deutschlands alle strukturellen und ideologischen Wurzeln der preußisch-deutschen Gewaltmethoden zu beseitigen“ (Prinz, 1973, S. 76) — die „strukturellen Wurzeln“ bestanden für jeden „gelernten Marxisten“ (also auch für Jaksch) in der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Basis von junkerlichem Großgrundbesitz und kapitalistischem Privateigentum an industriellen Produktions- und an Distributionsmitteln; mit ihrer — im Wortsinn — radikalen Ausrottung<sup>41</sup> sollte dann die „Wieder-Europäisierung“ der Deutschen auch im Geistigen ermöglicht werden.

41) Eine Fülle von Hinweisen etwa bei Röder (oben Anm. 28); Dokumente bei Lipgens (oben Anm. 29), Nr. 168, S. 492 f.: Monte (Meisel), „Die Einheit Europas“; Nr. 169, S. 498 f.: Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, „Erklärung über die internationale Politik“. Röder urteilte, indem er Zusammenschlüsse sozialdemokratischer Gruppen Ende 1939 vorstellte: „Voraussetzung für ihr Bestehen waren die Solidarität der sozialdemokratischen Exilparteien im Kampf gegen den Faschismus und — beim Zusammenschluß der Linken — die Erwartung der Volksrevolution in Deutschland

Zu d): Es braucht nur die Fortsetzung des soeben aus dem Fragment von 1939 Zitierten angeführt zu werden: „Vom Standpunkt eines europäisch orientierten Deutschtums ist die Vernichtung Preußens einer Aufteilung Deutschlands vorzuziehen“ (Prinz, 1973, S. 76).

Was ergeben allein diese Beispiele aus dem zweiten Komplex des Diskussionsstands im Londoner Exil seit Herbst 1938 zum umfassend verstandenen Thema der Deutschen Frage? Sie erlauben zumindest, die These zu stützen, daß Jaksch tatsächlich mit seinen Äußerungen die vorgefundenen Motive und Gedankengänge der Argumentationen aufgegriffen hat, die von den früher eingetroffenen Emigranten besonders in der Reaktion auf die Münchener Entscheidung diskutiert worden sind. Die Belege erlauben ferner zu Prinz' durchaus berechtigter These, eine „sorgfältige Analyse vor allem des politischen Kontextes“ sei nötig (S. 28 f.), die kritische Anmerkung, daß diese Forderung in bezug auf Jaksch in weitaus umfassenderer Weise ernstgenommen werden muß, als Prinz es in dem vorgelegten Text selber getan hat. Um auf die Deutung von Jakschs Äußerungen zurückzukommen: Auf der Grundlage der hier skizzierten Diskussionen hat Jaksch versucht, die Ziele seiner eigenen Gruppe zu klären, zu begründen und im Dialog mit Ripka und anderen zu propagieren. In mehr oder weniger offenen, vor allem aber immer härter werdenden Kontroversen ist das geschehen, und zwar sowohl mit der Zinner-Gruppe als auch mit Beneš und dessen Anhängern. Dabei hat Jaksch verständlicherweise das Europa-Stichwort verwendet; denn an jener ideologischen Front, an der er seit dem 15. März 1939 zunächst überhaupt eine Basis für das erhoffte Wiedertätigwerden in der alten Heimat aufbauen mußte, hatte er die neue Propagandakonzeption der Beneš-Gruppe vorgefunden. Diese wiederum hatte sich aktiv mit den Regionalismus- und Föderationstrends auseinanderzusetzen, die — unabhängig von Benešs früher vertretenen Teil-Föderationsplänen — seit der Münchener Entscheidung besonders durch Streits Thesen angeregt worden waren. Bei Ripka konnte Jaksch zweierlei aufgreifen: sowohl das Motiv des eigentlich humanistisch-guten, weil machtpolitisch uninteressierten und europäisch eingestellten Deutschen als auch in diesem Zusammenhang den Brückentopos. Deshalb konnte Jaksch die von den früher Emigrierten bereits propagierte Reeducation-These (nämlich von der Wiedereuropäisierung und Entmilitarisierung der Deutschen) als entscheidendes ideologisches Merkmal der kommenden Revolution in Deutschland bezeichnen. Damit griff er jenen Hauptnenner auf, der benötigt wurde, um eine antifaschistische Aktionseinheit für das Zusammengehen nicht nur aller sozialistischen und sozialdemokratischen Exilgruppen in Großbritannien und anderen europäischen Ländern zu ermöglichen, sondern auch um bürgerliche Emigranten hierfür zu gewinnen. Zugleich sollten sicherlich jene Konzeptionen bekämpft werden, in denen grundsätzlich antideutsch argumentiert wurde und deren Anhänger schon damals, also spätestens seit März 1939, auch ein sozialistisches Großdeutschland für undenkbar oder aber für gefährlich hielten und deshalb radikale Lösungen (einschließlich der Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen) als wesentliche Garantien für die künftige Aufrechterhaltung des Friedens in Mitteleuropa propagierten. In diesem Zusammenhang betonte Jaksch die Mittlerrolle der Deutschen, besonders

---

als Basis einer neuen sozialistischen Bewegung. Beides erwies sich schon bald als unrealistisch.“ W. Röder: Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942—1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte XVII (1969), S. 72—86, Zitat S. 74.

der Sudetendeutschen (Prinz, 1973, S. 86), und er verarbeitete sie eklektisch zur ideologischen Synthese eines besonderen Sendungsbewußtseins (S. 107). Ein derartiges Bemühen um Vermittlungsthese zwecks Rettung der Heimat für die Verwirklichung der humanitär-sozialistischen Revolution im Sudetenland durch Sudetendeutsche selber wurde immer deutlicher, je mehr der europäische Krieg zu einem Weltkrieg ausgeweitet wurde und je stärker die Sympathien bei Regierungen und in der Publizistik der Alliierten sich der Beneš-Gruppe und ihren Plänen zuzuwenden schienen. Werner Röder hat bereits 1969 zu Recht davon sprechen können, daß gerade Jaksch hierbei die Regionalargumentationen sogar „zu einem ‚Europa-Nationalismus‘ ideologisiert“ habe.<sup>42</sup> Auch sollte nicht übersehen werden, daß und in welcher Weise auch Jaksch sich von „juristischen Formeln“ distanzierte (Prinz, 1973, S. 89).

Dabei dürfte, um einen weiteren Unterschied zur Deutung von Prinz aufzugreifen, spätestens seit der ersten Phase des Krieges die Funktion der neuen, föderalistisch geprägten Zukunftspläne von Jaksch nicht übersehen werden: hat er doch offenbar mit ihrer Hilfe versucht, auf die These Benešs von der Ungültigkeit des Münchener Abkommens zu reagieren, und zwar so, daß seine eigene Antithese die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zumindest unter den deutschsprachigen sozialdemokratischen Emigranten in bezug auf die künftige Grenzziehung in Mitteleuropa (Großdeutschland oder nicht?) überbrücken sollte. Als Grundbedingung des Reagierens, Planens und Handelns hat Jaksch diese prinzipielle Uneinigkeit von Beginn seiner Exiltätigkeit an einkalkulieren müssen. Im Gespräch am 3. August 1939 mit Beneš hat sie eine wichtige Rolle gespielt — sowohl Jakschs Bericht (Prinz, 1973, Nr. 2, S. 81) verweist darauf als auch erst recht Benešs Version (oben S. 78 f. deshalb ausführlich zitiert).

Als sich dann z. Zt. von Dünkirchen und in der folgenden Krise der geretteten tschechoslowakischen Militäreinheiten Beneš bemühte, trotz aller widerstrebenden Kräfte von der britischen Regierung als legitimer Repräsentant einer CSR anerkannt zu werden, versuchte Jaksch „gegenzusteuern“. Denn nach Benešs Darstellung wußte er seit dem Gespräch vom 4. Juli 1940<sup>43</sup>, wie die britische Regierung entschieden hatte. Seitdem Beneš seine Thesen im britischen Rundfunk verbreiten durfte (24. Juli 1940) und sie sich gleichzeitig in der ideologischen Krise der Armee so auswirkten, daß Widerstrebende auf britischen Rat hin „for a time in a special camp“ zur gründlichen Säuberung von ihren Verirrungen oder Mißverständnissen gebracht werden mußten<sup>44</sup>, hat

42) Röder, Deutschlandpläne, S. 83.

43) Zum Datum, das in den „Memoirs of Dr Eduard Beneš“ angegeben wird, bemerkt Bachstein, 1974, S. 239, Anm. 19: „Beneš, Memoirs, 215. Hier irrt Beneš im Datum und deshalb auch in seiner klar von der rückwärtigen Betrachtung gekennzeichneten Interpretation. Die Unterredung fand nicht am 4. Juli 1940, sondern erst am Samstag, den 3. August, statt, nachdem die Anerkennung der provisorischen Regierung durch England kein Geheimnis mehr sein konnte. Dies geht aus dem Inhalt der folgend zitierten Briefe klar hervor.“ Bachstein bezieht sich auf Jakschs Unterlagen, insbesondere auf jenes Schreiben Jakschs an Beneš vom 5. 8. 1940, das bei Prinz, 1973, als Beleg Nr. 5 (S. 92 f.) wiedergegeben ist, und zwar wegen der dort eingangs zu findenden Zeitangabe: „Ich glaube, nach meinen mündlichen Ausführungen vom Samstag . . .“. — Vgl. oben Anm. 4. Für Bachsteins Berichtigung des Datums spricht, daß Jaksch sich auf mehrere Ereignisse bezieht, die sich seit den Evakuierungsmaßnahmen beim militärischen Zusammenbruch Frankreichs in Großbritannien abgespielt haben.

44) Memoirs of Dr Eduard Beneš, S. 117 ff.: „Crisis attacks our Army and our Emigration“, Zitat dort S. 119.

Jaksch seit dem 5. August 1940 mit Protestschreiben an Beneš und Ingr reagiert (Prinz, 1973, Nr. 5, 7—8). Beneš hat in seinen nachgelassenen Memoiren diese Sachverhalte nur allgemein dargestellt, ohne Jakschs Interventionen zu erwähnen oder auch nur Zusammenhänge zwischen der Krise der Streitkräfte einerseits und andererseits der Zuspitzung des Verhältnisses zu Jaksch erkennen zu lassen.<sup>45</sup> In den Texten von Jaksch, die Prinz wiedergibt, wird wiederum der Zusammenhang von Einzelkritik und -beschwerde mit grundsätzlicher Antithese zum gerade damals bekämpften Erfolg Benešs bei der britischen Regierung nicht deutlich. Es sei erwähnt, daß dieser Zusammenhang zwischen Argumenten der augenblicklichen Kritik und dem eigentlichen Ziel der Kritik nicht nur nachträglich konstruierbar ist; denn Jaksch hat (wie auch Beneš bekannt war) seine Kritik ebenfalls an britische Verbindungsleute gesandt, und darüber hinaus war für Beneš durchaus noch 1943 nicht endgültig geklärt, ob seine These tatsächlich von den Regierungen der späteren Siegermächte übernommen werden würde — er wußte, daß z. B. innerhalb des Foreign Office unterschiedliche Meinungen vertreten wurden.<sup>46</sup> Insofern war Jakschs Versuch, eine Gegenposition aufzubauen, durchaus nicht von vornherein völlig aussichtslos. Eine andere Frage wäre es allerdings, ob die Art von Jakschs Antithese bewirkte, daß sie im Wettbewerb mit der These von Beneš wesentlich benachteiligt war, und zwar deshalb, weil Jaksch die Grundsituation

45) F. Seibt hat bereits 1964 darauf hingewiesen, daß Beneš in seinen Erinnerungen bei der Darstellung der Krise vom Sommer 1940 den zeitlichen Zusammenhang unbeachtet gelassen habe, um auf jener diplomatischen Ebene des Argumentierens bleiben zu können, „die er stets für seine eigentliche Domäne gehalten hat . . .“: „Als im Sommer 1940 die französische Front zusammenbrach, die Pariser Emigration sich verzweifelt nach England durchschlug, die tschechoslowakische Auslandsarmee nur mehr rund zweieinhalb Tausend demoralisierte Soldaten aus Dünkirchen rettete, war ein Wort über solche innere Schwierigkeiten allerdings unerlässlich. Auffälligerweise bringt es Beneš außerhalb des streng chronologischen Aufbaus seiner Darstellung. Für die Entwicklungen im Exil mögen seine Ausführungen auf 5 Seiten seiner Erinnerungen über die inneren Schwierigkeiten der tschechoslowakischen Emigration recht aufschlußreich sein; für die strenge Aufeinanderfolge in der politisch-juristischen Kausalkette seines Rechenschaftsberichts waren sie Zusatz, Beiwerk, und so hat er sie auch placiert“ (Seibt, Beneš im Exil 1939 bis 1945, in: Beiträge — oben Anm. 12 —, S. 151). Allerdings wäre auch zu diesem wichtigen Hinweis zweierlei anzumerken: einerseits stellen gerade Benešs Hinweise auf ganz bestimmte Tendenzen bei den Geflüchteten wichtige Momente dar, die den Hintergrund erhellen, auf dem erst die von Beneš zugegebenen „autoritären“ Maßnahmen begreiflich werden, die Jaksch beklagte: antideutsche und antisemitische „Zeichen“ (Memoirs of Dr Eduard Beneš, S. 118 f.), und deshalb sollten diese wichtigen Hinweise doch wohl nicht nur als „Beiwerk“ abgetan werden. Andererseits wäre zu fragen, ob Seibt sich im Zitieren geirrt haben könnte, da er S. 145, Anm. 5, als Benešs Haupttitel der Lias-Ausgabe von 1954 angibt „My War Memoirs“ und sich S. 151 auf Benešs 1947 vollendete und veröffentlichte Memoiren bezieht — die Seitenangaben treffen jedoch auf die Ausgabe von 1954 zu: Memoirs of Dr Eduard Beneš.

46) Vgl. Memoirs of Dr Eduard Beneš mit Benešs Hinweisen auf seinen Verdacht gegenüber bestimmten Gruppen besonders im britischen Foreign Office, und zwar für Sommer 1940 (S. 122) und besonders für 1943 (S. 243: zwei Richtungen im Foreign Office); vgl. S. 90 f. für September 1939 und S. 240 sowie 275 ff. für 1943 die Befürchtungen Benešs wegen eines Separatfriedens à la München zwischen den Westmächten und dem Großdeutschen Reich auf Kosten vor allem der Konzeption Benešs.

des Mächtkampfes und der Interessen der wesentlich Beteiligten nicht nüchtern genug erfaßt hatte, sondern von vornherein viel zu stark davon ausgegangen war, daß seine persönliche „Weltanschauung“, vor allem sein umgreifendes Geschichtsbild (Erkenntnis des „Wendepunkts des Jahrtausends“, Prinz, 1973, S. 57) und jene Demokratievorstellung, die er sich erworben hatte, völlig mit den Ideologien aller entscheidenden antinationalsozialistischen Kräfte Europas übereinstimmte und daß diese deshalb gerade seine Einsichten und Forderungen auch folgerichtig übernehmen und verwirklichen müßten. Es sei nur angemerkt, daß sich bei dieser Annahme auch der Fragmentcharakter der „Nach Hitler“-Ausarbeitung psychologisch erklären ließe, nämlich, wenn man voraussetzte oder vermutete, daß dem Verfasser plötzlich fraglich geworden sein mag, ob sein „Ausweg“ (Prinz, 1973, S. 69—79) überhaupt erlaubte, eine damals (und nicht erst in irgendeiner späteren Zukunft) begehbbare Brücke zwischen seinem „generellen Aspekt“ und dem von ihm analysierten „Stand des europäischen Ringens“ herzustellen.<sup>47</sup>

Diese Überlegung hat zu jener Einschätzung von Situation und Möglichkeiten sowie Erfordernissen zurückgeführt, die Jaksch zu Beginn seiner Emigrationszeit erstellt hat — sie führt darüber hinaus zum Problem, wie spätere Historiker Person und Situation beurteilen, wenn sie sich mit Situationsanalysen und Zielsetzungen bestimmter Autoren beschäftigen. Wenn man so, wie es hier versucht wurde, lediglich die Anfangssituation des Londoner Exils für Jaksch und seine Mitstreiter genauer bedenkt, wird man sicherlich manches von dem distanzierter betrachten, was ohne Beachten derartiger Bezüge sehr zukunftsfruchtig und positiv zu wirken vermag, was aber andererseits wohl doch gelegentlich relativierender zu beurteilen ist, als es Prinz zu tun versucht hat. Zugleich erweist es sich, was das — bei jedem Autor mehr oder weniger bewußt vorhandene — Vorurteil in bezug auf Eigenschaften und „Format“ eines Politikers bedeutet, mit dem sich der Historiker als „Objekt“ beschäftigt; hier also: die Einschätzung von Jaksch als einem analysierenden und prognostizierenden Politiker, der sich zunächst in einer Exilsituation befunden hat, die er im Blick auf seine weitgesteckten Ziele trotz allem als nicht völlig aussichtslos bewertet hat. Wer sich jedoch wie Prinz aus der zeitlichen Entfernung von rund drei Jahrzehnten darum bemüht, diese Politik zu rekonstruieren in ihrer Entstehung und im schließlich gescheiterten Versuch, sie zu verwirklichen, der müßte sich trotz des Wissens um den Ausgang des ungleichen Ringens zwischen Jaksch und Beneš darum bemühen, die Gegenspieler in jeder Hinsicht mehr mit gleicher Elle zu messen, als es in der Einleitung von Prinz zur Dokumentation geschehen ist. Wenn man das zu tun versucht, dürfte sich jedoch auch herausstellen, daß es angesichts des Stands der zeitgeschichtlichen Untersuchungen gerade in der Bundesrepublik Deutschland möglich sein sollte, zum Thema Jaksch-Beneš samt seinen Zusammenhängen (die hier z. T. eingangs hervorgehoben worden sind) die Ergebnisse aus mehreren Teilbereichen wie Parteien-, Exil- und Résistanceforschung sowie überhaupt zur politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts auszuwerten und zusammenzufassen. Wenn das geschähe, ließe sich tatsächlich auch jene Einleitung zu einer Dokumentation vorlegen, die notwendig ist zum Verständnis der Texte. Ebenso müßte die eigentliche Textsammlung in textkritischer Hinsicht mehr abgesichert sein, als es von der von Prinz vorgelegten Fassung gesagt werden kann (vgl. hierzu unten Abschnitt III). Eine derartige Arbeit würde es den noch lebenden

47) Zitate stellen die Überschriften der Kapitel I und II in der Wiedergabe bei Prinz, 1973, dar, dort Beleg Nr. 1, S. 56—69.

Zeugen und den jeweiligen „Anwälten“ in den Auseinandersetzungen am ehesten erlauben, situationsbedingte Verkürzungen des Blicks und Einseitigkeiten des Urteils als solche zu erkennen, über allzu menschliche Elemente und Phasen der Kontroversen hinwegzusehen und hoffentlich zu jenem abgesicherten und zugleich abgewogenen Urteil zu gelangen, das bislang noch aussteht.

### III. Zum Text der Dokumentation

Fast alles Mitgeteilte soll vollständig wiedergegeben worden sein.<sup>48</sup> Nach stichprobenhaften Vergleichen mit andernorts greifbaren Zitaten fragt es sich jedoch, ob diese Sammlung stets die für das weitere Argumentieren notwendige Grundlage des philologisch genauen Wortlauts der Texte oder von Übersetzungen und die zutreffende Schreibweise bietet.<sup>49</sup> Zu den einzelnen Belegen in der Sammlung von Prinz ist ferner textkritisch auf folgende Punkte hinzuweisen — dabei wird zunächst die Belegnummer samt Seitenangabe der Ausgabe von Prinz genannt, und Hinweise zur Verbesserung sowie Fragen schließen sich an:

Nr. 1, S. 55: Angabe des Herausgebers in eckigen Klammern zur Entstehung des Textes „im Frühjahr 1939“ ist zu präzisieren; Folgerungen für die erläuternden Anmerkungen ergeben sich bereits aus dem, was hier im Abschnitt II dargelegt wurde.

Nr. 2, S. 80: Aus dem, was oben im Abschnitt II aus dem Vergleich mit der unter Beneš Namen 1954 veröffentlichten Version über das Gespräch zwischen Jaksch und Beneš erschlossen wurde, ist zu folgern, daß zumindest eine Synopse beider Darstellungen geboten werden muß.

Nr. 3, S. 83: Zu S. 86 oben wurden bereits in Anmerkung 40 zwei Fragen formuliert; für Hinweise auf das, was erläutert werden müßte, vgl. oben S. 86 ff.

Nr. 5, S. 92: Zum Datum „5. August 1940“ des Jaksch-Briefes an Beneš sind Hinweise auf Beneš Datierung sowie auf Bachsteins Argumente notwendig; vgl. oben Anm. 43.

Nr. 7, S. 95: Beneš Bericht vom 18. November 1940 wird a) mitsamt einer Ergänzung „(sic!)“ in „Punkt 1“ gebracht (S. 95), von der auch in der angegebenen Vorlage bei B. Černý unklar ist, von wem sie stammt (Černý — oben Anm. 32 —, S. 174), sowie b) bei Prinz ohne Hinweis auf eine Ergänzung, die Černý durch eckige Klammern als seine Hinzufügung kenntlich gemacht hat („... von Neuwelt [Harrachsdorf] bis Bodenbach . . .“).

Nr. 8, S. 98: Da Jakschs Brief an Ingr vom 19. Dezember 1940 nur übersetzt wiedergegeben wird, wäre anzugeben, wo Probleme vorliegen, zu deren Klärung auf unterschiedliche Möglichkeiten der Übersetzung verwiesen werden müßte. Ebenfalls wären mehr Erläuterungen zu Namen notwendig.

Nr. 10, S. 104: S. 105 muß es im zweiten Absatz richtig heißen „Befreiung der Tschechoslowakischen Republik“.

Nr. 11, S. 106: S. 108, Schluß von Punkt 3 der Anlage „Unsere Konzeption“, ist mit der Wiedergabe bei Bachstein, 1971, S. 89, zu vergleichen.

48) So Hinweis zu Nr. 7, S. 95, es handle sich um „Auszüge“ — allerdings fragt es sich, warum nur der kurze Einleitungssatz ausgelassen wurde, da doch sonst alles nach der angegebenen Vorlage bei Bohumil Černý wiedergegeben wurde. Vgl. Černý (oben Anm. 32).

49) Vgl. Prinz, 1973, Nr. 2: Brief Jakschs an Taub vom 4. 8. 1939, S. 81, mit dem Zitat bei Bachstein, 1971, S. 69. Ferner Prinz, 1973, S. 51, Anm. 1 zu Kapitel VI, Zitat aus Frau Grant Duffs Buch.

Nr. 12, S. 110: Zum ersten Absatz ist wegen des Briefdatums (23. September 1941) ein Hinweis auf Beneš Darstellung in der englischen Ausgabe von 1954 notwendig (oben Anm. 4).

Nr. 14, S. 116: Im Briefkopf muß es heißen „... . Tschechoslowakischen Republik“, und es ist zu fragen, warum bei der Wiedergabe in Übersetzung die Unterschrift Beneš weggefallen ist.

Nr. 15, S. 117: Woher stammt die Angabe über das Datum dieses Rundschreibens, die nur im Inhaltsverzeichnis (S. 5) zu finden ist (5. 6. 42)?

Nr. 16, S. 119: Anm. 1 auf S. 119 wäre zumindest dahingehend zu berichtigen, daß Hácha 1938/39 Staatspräsident der Tschecho-Slowakischen Republik gewesen ist; in Anm. 1 auf S. 120 fehlt der Hinweis auf die wichtige gleichnamige politische Zeitschrift.

Nr. 18, S. 125: Es fragt sich, ob der Text tatsächlich nach der angegebenen Vorlage wiedergegeben worden ist, da zumindest die Schreibweise der „Provisorischen Tschechoslowakischen Staatsorganisation“ dort zu finden sein dürfte. Zudem fragt es sich, ob der in den „Memoirs of Dr Eduard Beneš“ S. 303 f. mitgeteilte und dort ins Englische übersetzte Text dieser Resolution vom 7. Juni 1942 auf eine andere deutschsprachige Fassung zurückgeht, da er sich mehrfach von der bei Prinz mitgeteilten Fassung unterscheidet (Anordnung von Absätzen; Übersetzung einzelner Worte, die nicht nur als Verdeutlichung aufgefaßt werden kann, sondern wo auch der ursprüngliche Text anders als bei Prinz gelautet haben muß).

Nr. 19, S. 127: Dieser Text stellt nach der Anordnung bei Prinz und gemäß Anm. 1 zu diesem Dokument jenen Begleitbrief Jakschs dar, den er der Übermittlung der Resolution vom 7. Juni 1942 an Beneš beigefügt hat und der als einziger erhalten geblieben sei; denn in den Nummern 20 und 21 bei Prinz, Briefen von Beneš an Jaksch, bezieht sich der Absender ausdrücklich auf Jakschs Brief an ihn vom 22. Juni 1942 — hingegen stellt Nr. 19 den Brief Jakschs an Beneš vom 23. Juni 1942 dar. In Anmerkung 1 zu Nr. 21 hat Prinz vermerkt, daß der „persönliche Brief“ als Beilage zur Sendung vom 22. Juni 1942 „nicht erhalten“ geblieben sei. Ob diese Aussage für das Original des Briefes oder für ein Konzept bzw. eine Durchschrift im Nachlaß Jaksch zutrifft, kann ich nicht beurteilen. Es sollte jedoch berücksichtigt werden, daß in den „Memoirs of Dr Eduard Beneš“ seit 1954 ein „Letter of Wenzel Jaksch to President Eduard Beneš of June 22nd, 1942“ in englischer Übersetzung zu finden ist (dort S. 305—307). Soweit sich aus Argumenten sowie aus Formulierungen (trotz der Problematik der doppelten Übersetzung — Jaksch hatte wohl tschechisch geschrieben, in den „Memoirs“ wurde der Text ins Englische übersetzt, bei Prinz hingegen wurde ein tschechischer Text in deutscher Übersetzung geboten) erschließen läßt, dürfte dieser Text einer quellenkritischen Prüfung standhalten, und Prinz sollte ihn deshalb ebenfalls in seiner Sammlung berücksichtigen. Denn offensichtlich bietet gerade dieser persönliche Brief Jakschs vom 22. Juni 1942 jene „ausführliche Motivierung“ der Resolution, die im offiziellen Begleitbrief Jakschs vom folgenden Tag fehlt. Vgl. hierzu den wichtigen Hinweis in Bachstein, 1974, S. 262, Anm. 40, daß der Brief vom 22. Juni 1942 seit 1946 gedruckt vorliegt.

Nr. 20, S. 128: Hat Beneš diesen Brief vom 15. Juli 1942 an Jaksch ohne Unterschrift abgesandt?

Nr. 21, S. 129: Irrtümlich nur als Nr. 2 im Kopf auf S. 129 bezeichnet. Anm. 1 auf S. 131 muß wohl lauten „Dokument Nr. 23, S. 151“, da Nr. 22 bei Prinz

keinen Text von Beneš bietet, sondern Jakschs Brief vom 3. April 1943 an Beneš.

Nr. 22, S. 143: Es fehlt ein Hinweis zum zweiten Satz, wo von einem „beigeschlossenen Schriftstück“ die Rede ist — da der Text aus dem „Nachlaß W. Jaksch“ stammt, müßte sich der Mangel beheben lassen.

Nr. 23, S. 151: Folgende Hinweise wären zu beachten:

a) Die Titelformulierung des Herausgebers lautet „Erklärung der tschechischen Exilregierung zum Sudetenproblem (Sommer 1942)“. Die Zeitangabe trifft nicht zu, da der Text dieses Memorandums am 1. Dezember 1942 von Beneš unmittelbar Jaksch übergeben worden sein soll; vgl. „Memoirs of Dr Eduard Beneš“, S. 308. Insofern ist beim jetzigen Dokument Nr. 21 (Benešs Brief vom 2. Dezember 1942, Datum geändert auf den 10. Januar 1943), S. 129, Absatz 1, Satz 2, anzumerken, daß diese Äußerung des „inoffiziellen Standpunktes“ in der jetzigen Nr. 23 vorliegt. In der Titelformulierung selber müßte außerdem anstelle des polemisch klingenden „tschechische Exilregierung“ die zutreffende und richtig zu schreibende Bezeichnung gewählt werden, nämlich „Präsident der Tschechoslowakischen Republik“.

b) In der Quellenangabe muß die Formulierung relativiert werden, es handle sich um „die englische Version“ eines tschechischen Textes; denn in den mehrfach erwähnten „Memoirs of Dr. Eduard Beneš“ findet man S. 308—319 eine weitere englische Übersetzung.

c) Ein Vergleich der beiden englischen Übersetzungen erlaubt zumindest den Hinweis, daß bei Prinz, S. 157, der Zeile 11 von oben die Ziffer 6 voranzustellen ist; in Zeile 14 muß es außerdem anstelle des falschen Monats „September“ richtig heißen „August“, da die Atlantik-Charta am 14. August 1941 unterzeichnet wurde — so auch in der konkurrierenden englischen Übersetzung von 1954 (Memoirs . . . , S. 315).

Auch für diesen Beleg ergibt sich also die Forderung, daß die im Nachlaß von W. Jaksch vorhandene tschechische Originalfassung des Textes erneut zur Prüfung der hier mitgeteilten Übersetzung herangezogen werden sollte.